

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis vierteljährlich durch die Post bezogen 1,20 Mk. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

# Der Proletarier

Anzeigenpreis: 50 Pf. für die 3gepalt. Zeile. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

## Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postcheckkonto: Nr. 358 15 Postcheckamt Hannover.

Verlag von A. Brep. Druck von E. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Redaktionschluss: Montag morgen 9 Uhr. Verantwortlicher Redakteur: Hans Lawrenz, Hannover.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolaistraße 7, II. - Fernsprech-Anschluss 5 22 81.

### Die „Rettung der Wirtschaft“ auf Kosten der Arbeiterschaft.

Immer schärfer werden die Auseinandersetzungen um die Lebensfragen der Arbeiterschaft. Immer hartnäckiger und schroffer werden die Angriffe der „Wirtschaftsführer“, die keine Wirtschaftsführer sind, auf die Löhne und die sozialen Errungenschaften der deutschen Arbeiterschaft.

Die Unternehmer erblicken in den gegenwärtigen Löhnen das Grundübel der Wirtschaftslage. Sie sind der Meinung oder geben wenigstens vor, es zu sein, daß eine Herabsetzung der Löhne das einzige Mittel sei, die Zahl der Arbeitslosen zu vermindern und die Wirtschaft wieder anzukurbeln. Zwischendurch erkennen sie auch das überhöhte Preisniveau an, allerdings mit dem Zusatz, daß man sich zu einer Senkung der Preise bereit erklärt, wenn die Löhne zur gleichen Zeit eine Ermäßigung erfahren. Wie immer geht in dem Kampfe um die Ermäßigung der Löhne die Schwerindustrie voran. Auf ihren letzten Tagungen wurde sehr deutlich die Parole ausgegeben: Senkung der Preise nur nach vorheriger Lohnherabsetzung. Der Großindustrielle Albert Bögl er hat auf der Tagung des Vereins deutscher Eisenhüttenleute das Grundübel der Wirtschaft aufgedeckt, wenn er behauptete: „Wenn wir nach den Gründen fragen, welche die heutige Krise hervorgerufen, so müssen wir uns darüber klar sein, daß wir in erster Linie einen Preisabbau herbeiführen müssen, um wieder zu gesunden Verhältnissen zu kommen.“ Es ist dies sehr deutlich und auch durchaus richtig, aber nun kommt der Pferdefuß, nämlich das Verlangen, zuerst die Löhne zu kürzen.

Mittlerweile fand sich Gelegenheit, die Theorie in die Praxis zu überführen. In der Nordwestlichen Gruppe des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller sollen die Löhne neu geregelt werden. Die Gewerkschaften forderten Erhöhung der Löhne und die Unternehmer das Gegenteil. Nach langen Verhandlungen fällt der Schlichter einen Spruch, der eine Senkung der Löhne der Eisenarbeiter vorseht. Die Gesamtlohnsomme im Bezirk der Eisenindustrie Nordwest beträgt rund 530 Millionen Mark. Von dieser Summe sollen bis zu 10 Prozent eingepart werden. In erster Linie will man die Akkordarbeiter treffen. Dies soll durch die Befestigung der sogenannten Sederting-Klausel geschehen, die eine Kürzung der Akkordverdienste nur zuläßt, wenn sich die Grundlagen infolge technischer Verbesserungen usw. geändert haben. Die reinen Stundenverdienste der niedrig Entlohnerten will man bestehen lassen, einige sogar um ein geringes erhöhen. Die Minderung der Verdienste der Arbeiter soll aber nur eintreten, wenn die Eisenindustrie den Abbau ihrer Verkaufspreise einen Monat vorher durchführt, und zwar in einem Umfange, der mindestens dem Ausmaß der zu ersparenden Lohn- und Gehaltssummen entspricht. Wir haben hier die betrübliche Tatsache zu verzeichnen, daß die tüchtigen Arbeiter in erster Linie betroffen werden. Die Unternehmer haben die Akkordarbeit stets befürwortet. Man hat dadurch außergewöhnliche Leistungen erzielt. Nunmehr wird die Tüchtigkeit bestraft. Das muß man sich für die Zukunft merken.

Der Schiedsspruch in der Eisenindustrie wird auf der ganzen Linie Kämpfe zum Zwecke des Lohnabbaues entfesseln. Man kleidet dies in das Mäntelchen: Rettung der Wirtschaft. Dabei könnte die Wirtschaft viel eher gerettet werden, wenn die Unternehmer auf der ganzen Linie zu einem Preisabbau übergingen. Namentlich die Kartellpreise sind nach wie vor ungeheuer hoch. Die Preise für die Standardprodukte sind ziemlich auf ihrer alten Höhe stehen geblieben, während die allgemeinen Warenpreise eine nicht geringe Ermäßigung erfahren. Hier ist der Punkt, wo der Hebel schon längst hätte angelegt werden können. Statt dessen entfesselt man einen Kampf, um die sowieso schon sehr niedrigen Löhne abzubauen. Auch in den Industrien unseres Verbandsgebietes sind die Unternehmer zu oft nicht gerade schwächernen Forderungen auf Lohnabbau übergegangen. Ihre hartnäckigen und wiederholten Vorstöße konnten bisher erfolgreich abgewehrt werden, aber damit ist die Angriffslust der Arbeitgeber ja nicht gebrochen. Ununterbrochen und mit allen Mitteln versuchen sie, die Regierung, die Öffentlichkeit für ihren Plan eines allgemeinen Lohnabbaues zu gewinnen mit dem Hinweis darauf, daß die Theorie von den hohen Löhnen, die die Gewerkschaften vertreten, kläglich Schiffbruch erlitten habe und allein schuld an unserem wirtschaftlichen Elend sei.

Aber die Lohntheorie der Gewerkschaften ist in der letzten Zeit sehr viel geschrieben worden. Man glaubte ihren Bankrott feststellen zu müssen. Dabei wird es jetzt jedem klar, daß, nachdem der Produktionsapparat mit allen Mitteln verbessert wurde, eine Stärkung der Massenkaukraft eintreten muß. Im Handelsblatt des „Berliner Tageblattes“, Nr. 243, kommt der bekannte Wirtschaftspolitiker Felix Pinner auf die Ankerbelang der Wirtschaft zu sprechen. Nachdem er die gewerkschaftliche Auffassung von der Kräftigung der Massenkaukraft richtig dargestellt hat, schreibt er: „Der richtige Kern, der in dem oben erwähnten gewerkschaftlichen Gedankengang steckt, kann aber

vielleicht noch fruchtbarer gemacht werden, und gerade dafür bietet die jetzige Situation, so schlimm und schwierig sie in vieler Hinsicht auch sein mag, eine Chance von seltener, vielleicht nicht so bald wiederkehrender Günstigkeit... Hier wird die Auffassung der Gewerkschaften, wenn auch mit gewissen Einschränkungen, durchaus anerkannt. Es ist zu hoffen, daß die breitere Öffentlichkeit noch mehr davon überzeugt wird, daß die Ausweitung der Kaufkraft das einzige richtige ist. Deshalb müssen die Bestrebungen abgelehnt werden, die darauf hinielen, die Nominallöhne zu senken, denn Lohnabbau würde das Übel nur verschlimmern.

### Pfingsten.

Der Lenz ging auf die Freite Jung über das grüne Land. Wo bist du, Gebenedeite, Zu der mein Herz entbrannt?

Da traf er ein liebliches Wesen Auf bräunlich hoffender Flur, Das wollte wohl küssen und lesen Im Buche der Natur.

Flora, der göttlichen Fräulein, Hat er ins Auge geschaut. Da ward sie auf gründer Aue Seine liebste Braut.

Er hielt sie innig umschlungen Wie Mohn den züftigen Halm. Da haben die Vögelin gelungen Den hymenäischen Psalm.

Blüten regneten nieder, Verhaucht von harziger Luft. Rosen und Lilien und Flieder Verschwendeten schäumigen Duft.

Und Menschen strömten ins Freie Mit frohem Gekann und Geraun, Um unter himmlischer Weisheit Das Wunder der Werdung zu schauen.

Sie priesen mit feurigen Zungen Den neuen heiligen Geist, Der, feurig und unbewogen, Die freie Menschheit heißt!

Victor Kallnowski.

Scheinbar geht es bei den ganzen Aktionen um das Problem Löhne und Preise. In Wirklichkeit steckt etwas ganz anderes dahinter. Die derzeitigen Lohnkämpfe sind nur ein Vorpostengeplänkel für die große schwere Auseinandersetzung zwischen den beiden Gruppen Kapital und Arbeit. Der tiefere Kern wird sehr deutlich in einem Leitartikel des „Berliner Tageblattes“ vom 27. Mai herausgeschält. Der Verfasser des Artikels erklärt, daß die Auseinandersetzungen auf dem Schlachtfelde der Lohn- und Sozialpolitik Vorpostengefächte seien, die in Wirklichkeit um den Bestand und die weitere Verwirklichung der Weimarer Verfassung geführt würden. Die Industrieführer bestürmten die Regierung, eine großzügige Senkung sämtlicher Löhne und Gehälter von Staats wegen herbeizuführen. Dann heißt es wörtlich:

„Sie reden vom Lohn, von der Sozialversicherung und von größerer Elastizität des wirtschaftlichen Organismus, aber sie meinen mehr. Sie meinen Zurückdrängung des Einflusses der Werkätigen in der Politik. Sie meinen einseitige Herrschaft des Unternehmertums, das sich als „die Wirtschaft“ schlechthin ausgibt. Sie meinen die langsame, „evolutionäre“ Abkehr von den Errungenschaften der Staatsumwälzung, die sie als „sozialistische Mißwirtschaft“ verleumden. Und das neue Weimar des Herrn Frick, in dem die industrielle Deutsche Volkspartei mit den Nationalsozialisten in einem und demselben Kabinett paktiert, ist ihnen immerhin ein lieberes, verwandteres Symbol als das alte Weimar der Nationalversammlung und der Verfassung.“

Wenn hier ein bürgerlicher Schriftsteller die Bedeutung der gegenwärtigen sozialen Kämpfe richtig erkennt, so sollten erst recht die Gewerkschaftsmitglieder ihre Schlüsse daraus ziehen. An dieser Stelle wurde immer wieder darauf hingewiesen, daß die inneren Kämpfe nach Abschluß der Reparationsverhandlungen erst beginnen werden. Die Macht der sozialen Gruppen im Wirtschafts- und Gesellschaftsleben steht noch keineswegs fest, sondern muß erst erkämpft werden. Und weil dem so ist, deshalb müssen die Gewerkschaften gerüstet sein. Wenn je, dann ist jetzt unbedingt festhalten an den Errungenschaften das Gebot der Stunde. Aber dabei brauchen wir durchaus nicht stehen zu bleiben, sondern wir sollten zu einem Gegenschlag ansetzen, wenn die Unternehmer glauben, die gegenwärtige Wirtschaftslage zu einem Gewaltstreik ausnützen zu können. Stärkung der Gewerkschaften, erhöhte Wachsamkeit und eiserne Geschlossenheit und Entschlossenheit gegenüber den Angriffen auf Löhne und soziale Errungenschaften, das ist die Parole!

### Das Verbandsjahr 1929.

#### 1. Mitgliederbewegung.

Im Jahre 1929 setzte sich die Verschlechterung der Wirtschaftslage, die schon in der zweiten Hälfte des Jahres 1928 merklich wurde, weiter fort. Das verfloßene Jahr begann schon mit erheblich höheren Arbeitslosenzahlen und es endete mit einer geradezu katastrophalen Arbeitslosigkeit, die sich auch im Jahre 1930 nicht besserte, sondern im Gegenteil immer bedrohlichere Formen annahm. Wie es immer bei Wirtschaftskrisen der Fall ist, so hatte auch diesmal die Arbeiterschaft am meisten unter der Ungunst der wirtschaftlichen Verhältnisse zu leiden. Arbeitslosigkeit und in ihrem Gefolge Not und Elend, das waren die Früchte, die Wirtschaftskrise und Rationalisierung für die arbeitende Bevölkerung reifen ließen, während die Unternehmer trotz der zunehmenden Absatzstockungen, trotz aller Betriebsstilllegungen und Arbeiterentlassungen, trotz der „sozialen und steuerlichen Überlastung“ noch immer ganz ansehnliche Gewinne einheimen konnten. Ebenso konnten die Aktionäre der meisten Aktiengesellschaften mit ihrem arbeits- und mühelosen Einkommen recht zufrieden sein. Es zeigte sich auch bei der Wirtschaftskrise des verfloßenen Jahres, daß den Letzten die Hunde immer am schmerzlichsten beißen. Und der Letzte war eben der deutsche Arbeiter, der alle Schäden und alle Kosten der Rationalisierung zu tragen hatte und nun unter den Folgen einer ungeheuer gesteigerten Produktion (Absatzstockungen und Arbeitslosigkeit) zu leiden hat.

Die Mitglieder unseres Verbandes wurden von den Auswirkungen der Wirtschaftskrise naturgemäß mit am härtesten betroffen. Waren zu Beginn des Jahres 1929 etwa 14,1 v. H. aller Verbandsmitglieder arbeitslos (4 v. H. arbeiteten verkürzt), so war am Jahreschluß fast der fünfte Teil der Verbandsmitglieder, 19,3 v. H., gänzlich ohne Arbeit und Verdienst und 6,9 v. H. arbeiteten verkürzt. Im März waren es sogar ganze 20 v. H. unserer Mitglieder, die aus dem Produktionsprozeß herausgerissen waren und untätig zusehen mußten, wie auch ohne ihre Mitarbeit die Produktion andauernd gesteigert wurde. Den verhältnismäßig günstigsten Stand zeigt unsere Arbeitslosigkeit im Juli mit 7,5 v. H. arbeitslosen Mitgliedern an (im gleichen Monat des Vorjahres 5,6 v. H.). Aber schon im August zeigt sich wieder die beginnende Verschlechterung des mit Arbeitskräften überfüllten Arbeitsmarktes, um dann zum Jahreschluß wieder die geradezu fürchterliche Höhe von knapp 20 v. H. arbeitslosen Mitgliedern zu erreichen.

Aber noch trostloser wird das Bild, wenn wir die Arbeitslosigkeit in den einzelnen Industriegruppen betrachten. Wie im Vorjahre, so waren auch 1929 die grobkeramische und die Baustoffindustrie am schlechtesten beschäftigt und, von einigen Monaten abgesehen, auch das ganze Jahr hindurch. Im Januar 1929 war fast ein Drittel aller Mitglieder, die in diesen Industrien beschäftigt gewesen waren, arbeitslos, im Februar waren es schon etwa 40 v. H. und im März gar 50 v. H. Dann sinkt die Arbeitslosigkeit in diesen Industrien wieder ab, um zu Anfang des September etwa 6,9 v. H. auszumachen, ein verhältnismäßig günstiger Prozentsatz. Aber von da an steigt die Arbeitslosigkeit wieder und beträgt Ende Dezember 39,9 v. H. Die chemische Industrie und die Papierindustrie lagen in der ersten Hälfte des Jahres ganz zufriedenstellend. Aber in der zweiten Jahreshälfte setzte auch in diesen Industrien eine rapide Verschlechterung ein, die in der chemischen Industrie hauptsächlich durch die umfangreichen Arbeiterentlassungen in den Betrieben der I.-G. Farbenindustrie im Herbst und Winter erklärlich ist. In den übrigen Industrien unseres Verbandes war die Lage nicht ganz so katastrophal wie z. B. in der Grobkeramik und Baustoffindustrie, aber immerhin war der Beschäftigungsgrad auch in ihnen sehr wenig zufriedenstellend.

Diese trübe Entwicklung des Arbeitsmarktes konnte auf die Mitgliederzahlen unseres Verbandes nicht ohne Einfluß bleiben, waren doch die Mitglieder unseres Verbandes mehr als andere Berufsgruppen von dem Schicksal der Arbeitslosigkeit betroffen. Die Hoffnungen, die wir am Schluß des Jahres 1928 in bezug auf die Mitgliederbewegung in unserer Organisation ausgesprochen, haben sich nicht erfüllt. Sie konnten sich nicht erfüllen angesichts der ungeheuren Arbeitslosigkeit, von der, wie schon bemerkt, die Mitglieder unseres Verbandes viel härter betroffen wurden als andere Arbeiterkategorien. Wir haben zum Schluß des Jahres 1929 einen Mitgliedererückgang von etwas über 8000 zu verzeichnen. Das ist nicht viel in Anbetracht der trüben Wirtschaftslage, der Betriebsstilllegungen und Arbeiterentlassungen, mit denen die Unternehmer die Auswirkungen der Krise von sich abzuwälzen suchten. Würden doch von den Entlassungen am allermeisten unsere Mitglieder in Mitleidenschaft gezogen. Man braucht ja nur an die ungezählten Tausende zu erinnern, die allein von der I.-G. Farbenindustrie auf die Straße geworfen wurden, um einen Maßstab dafür zu erhalten, wie das Schicksal der Erwerbslosigkeit gerade über unsere Verbandskollegen und -kolleginnen hereingebrochen ist.

Die folgenden Zahlen stellen die Mitgliederbewegung im Jahre 1929 nach Vierteljahre geordnet dar:

Table with 4 columns: Vierteljahr, männliche, weibliche, zusammen. Rows for 1928 and 1929 quarters and averages.

Schon am Schluss des ersten Vierteljahrs beobachten wir einen Rückgang der Mitgliederzahl, die allerdings im zweiten Vierteljahr mehr als wettgemacht wird. Aber schon im dritten Quartal sinkt die Mitgliederzahl wieder, um dann am 31. Dezember 1929 mit 469 572 abzuschließen...

Im Hinblick auf die trostlose Lage des Arbeitsmarktes ist der geringe Mitgliederrückgang nicht erschütternd. Daß er nicht größer war und daß die Mitglieder trotz der materiell so schwer empfundenen Erwerbslosigkeit und trotz aller Not ihrer Organisation die Treue hielten, ist ein glänzender Beweis für die Erkenntnis der Fabrikarbeiter und -arbeiterinnen, daß gerade in wirtschaftlich trüben Zeiten eine starke Organisation der beste Schutz und Schirm gegen alle Wechselfälle des wirtschaftlichen Lebens ist.

Woher die zugekommenen Mitglieder kamen und wohin die ausscheidenden Kollegen und Kolleginnen gingen, zeigt die nächste Zusammenstellung:

Table with 4 columns: Mitgliederzugang im Jahre, Mitgliederabgang im Jahre, Aufgenommen, Ausgeschieden, Zugeworben, Abgeworben, Aus anderen Verbänden, Zu anderen Verbänden, Übergetreten, Abgetreten.

Einem Zugang von 104 111 Mitgliedern steht ein Abgang von 112 303 gegenüber, so daß sich der schon erwähnte Verlust von 8192 ergibt. Die Aufnahmen überwiegen wohl die Austritte um fast 14 000, aber durch Abreise verloren wir erheblich mehr Mitglieder, als zureichten. Da liegt der Hauptgrund für unseren Verlust an Mitgliedern und man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß gerade die vielen Betriebsstilllegungen mit dazu beigetragen haben, die Reiselust oder, richtiger gesagt, den Reisezwang in Erscheinung treten zu lassen. Die Unmöglichkeit, am alten Ort je wieder Erwerb zu finden, läßt bei den Arbeitern und Arbeiterinnen gerade der ungelernsten Berufe den Gedanken aufkommen, einmal an einem anderen Ort das Glück zu versuchen. Auf diese Weise gehen uns sicher viele Mitglieder verloren. Auch die Abtritte zu anderen Verbänden sind um ein wenig zahlreicher als die Übertritte zu uns. Hier ist die Entwicklung allerdings noch nicht ganz abgeschlossen. Die Auswirkungen der Kartellverträge mit den anderen Verbänden werden sich im nächsten Jahre noch mehr zeigen und vielleicht ein anderes Bild ergeben.

Die Entwicklung unseres Mitgliederbestandes in den Jahren seit der Stabilisierung unserer Währung zeigt die folgende Tabelle.

Table with 6 columns: Jahr, Zugänge, Abgänge, Zunahme, Abnahme, Mitgliederzahl am Jahreschluß.

Die anstehende Linie ist auch trotz des geringen Abnehmens im verflossenen Jahre deutlich zu erkennen. Die Vorwärts- und Aufwärtsentwicklung unseres Verbandes wird dadurch nicht im geringsten aufzuhalten sein. Dazu ist die gewerkschaftliche Einsicht unserer Mitglieder zu stark, dazu predigen die jüngsten wirtschafts- und sozialpolitischen Ereignisse zu eindringlich allen Arbeitern und Arbeiterinnen die Notwendigkeit einer starken, leistungsfähigen Organisation. Im Wirtschaftskampfe, wie im Kampfe um die sozialpolitischen Errungenschaften kann der Unorganisierte wohl eine Weile abseits stehen und trotzdem am Erfolg unserer Kämpfe teilhaben, zuletzt werden ihn die Ereignisse doch vor die Wahl stellen, sich der einen oder anderen Seite anzuschließen, wenn er nicht zwischen zwei feindlichen Kräften zerrieben werden will.

Die Hoffnung auf die „halbe Million Mitglieder“ nicht erfüllen, so hat sich doch die andere Inversität als berechtigt erwiesen, nämlich, daß der Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands auch wirtschaftlich trübere Zeiten ohne große Erschütterungen überdauern könne. Die Hoffnungen der Arbeiter und der kommunistischen Gewerkschaftsfeinde auf einen Zusammenbruch der Organisation der Fabrikarbeiter sind gescheitert. Die organisatorische Gesetzmäßigkeit und Festigkeit unseres Verbandes ist besser denn je. Die geringe Schwäche des Jahres 1929 werden wir durch umsichtige Vorbereitung wieder auszugleichen wissen, und nicht nur das, wir werden darüber hinaus unsere Organisation stärken und ausbauen. Die Arbeiterschaft durchlebt gegenwärtig eine der schwierigsten Situationen, die jemals und die noch kommenden wirtschaftlichen und sozialpolitischen Auseinandersetzungen werden es auch dem Kampfe unter der Arbeiterschaft klarmachen, daß eine Überwindung der wirtschaftlichen und sozialen Schwierigkeiten nur durch die freien Gewerkschaften möglich ist, unter denen der Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands dank seiner Erfolge, seiner Geschlossenheit und Macht einen der ersten Plätze einnimmt.

Fehlleitung von ökonomischen Grundbegriffen.

Es gibt eine Fehlleitung von wirtschaftlichen Grundbegriffen, die in ihren Folgewirkungen nicht weniger Böses anzufügen vermag als die Fehlleitung von Kapitalen, von der so viel gesprochen wird. Von dieser Fehlleitung soll hier die Rede sein.

Wir hören stets von einem Lohnniveau, das zu hoch, von dem Preisniveau, das überhöht sei, und damit in Verbindung von der Krise auf dem Arbeitsmarkt. Von mangelnder Rentabilität der Wirtschaft, insbesondere von der Krise der Landwirtschaft. Von unerträglich hohem Zinsniveau. Von nicht ausreichender Kapitalbildung. Von gewaltiger Steuerlast.

Man muß sich aber fragen, ob der Gebrauch dieser Begriffe in einer so einseitigen Weise, wie er gewöhnlich erfolgt, für wirtschaftspolitische Zwecke erlaubt ist. Wir möchten das Ergebnis vorwegnehmen: die Verallgemeinerung ist für eine wirtschaftspolitische Betrachtung falsch; mit ihr wird im Interessenkampf viel Mißbrauch getrieben.

Ein allgemeines Lohnniveau gibt es in Wirklichkeit überhaupt nicht, ebensowenig wie einen einheitlichen Arbeitsmarkt. Vielmehr sind zahlreiche Arbeitsmärkte vorhanden, deren Zusammenhang verhältnismäßig lose ist. Nicht nur die Unterschiede der Berufsqualifikationen bewirken die Verschiedenheiten der Arbeitsmärkte und der Löhne, nicht allein erschweren Wohnungsmangel und andere Hindernisse den Übergang von einem Beruf und von einem Ort zum anderen. Vielmehr ist es im

Die

Unternehmer wollen die Wirtschaft retten. Darum fordern sie einen allgemeinen Lohnabbau und eine scharfe Verminderung der Leistungen unserer sozialen Versicherungen. Aber die

Unternehmer

meinen sich selbst und ihren persönlichen Vorteil, wenn sie von der Wirtschaft sprechen. Und um ihren Profit, ihre Dividenden und Zanktieten nicht schmälern zu lassen, darum

fordern

sie, daß die Arbeiterschaft noch von ihrem kargen Lohn abgibt, um die im Unternehmertum verkörperte Wirtschaft zu retten, daß sie auf alle sozialpolitischen Sicherungen verzichtet, um die „Wirtschaft“ zu entlasten. Gegen diesen geforderten

Lohnabbau

und gegen die sozialreaktionären Wünsche des Unternehmertums gibt es nur eine Waffe. Aber diese eine Waffe ist scharf und mächtig, sie verbürgt den Sieg, wenn die Arbeiterschaft sie recht zu gebrauchen weiß und sie immer stark und schlagfertig erhält.

Die Waffe der Arbeiterschaft ist die freigewerkschaftliche Organisation!

ganzen Wirtschaftsaufbau und in der Wirtschaftsentwicklung im Hochkapitalismus begründet, daß die Einheitslichkeit des Arbeitsmarktes und des — allein nach Arbeitsqualifikationen abgestuften — Lohnniveaus zerrissen wurde. Deshalb kann z. B. der Lohn in einem Produktionszweig im Vergleich zu dessen Rentabilität hoch, im anderen niedrig sein, ohne daß durch Lohnherabsetzung in dem einen, durch Lohnerrhöhung im anderen Produktionszweig ein Ausgleich stattfindet. Eine Lohnerrhöhung z. B. in einer kapitalintensiven, d. h. viel Kapital, jedoch verhältnismäßig wenig Arbeitskraft beanspruchenden Produktion wird also nicht den Erfolg haben müssen, daß nunmehr mehr Arbeitskräfte untergebracht werden können, sei es im betreffenden Produktionszweig, sei es in anderen Produktionen. Ohne diesem Gedankengang hier näher nachzugehen, sei nur bemerkt, daß für eine wirtschaftspolitische Betrachtung nicht der gesamte Arbeitsmarkt und das gesamte Lohnniveau, sondern die einzelnen Arbeitsmärkte und die einzelnen Löhne den richtigen Ausgangspunkt bilden sollten.

Ebensowenig gibt es aber in der Volkswirtschaft ein einheitliches Preisniveau. Es gibt Preise für Waren, die überhöht sind im Vergleich zu den Preisen anderer Waren oder der Ware Arbeitskraft oder zu den Preisen ähnlicher Auslandsprodukte.

Seitdem wir keine freie Konkurrenz mehr haben, seitdem die Preise für Waren und Arbeit durch Zölle, nationale und internationale Kartelle, Gewerkschaften und Unternehmerverbände, staatliche Zwangslichtung und zweifellos auch durch die staatliche Finanzwirtschaft künstlich beeinflusst werden (und zwar wirkt sich die Beeinflussung ganz verschieden aus, je nachdem, um welche Ware es sich handelt), muß die Wirtschaftspolitik jene für Produktion und Absatz so bedeutungsvollen Preisunterschiede berücksichtigen. Man unterscheidet allerdings schon zwischen „gebundenen“ und „freien“ Preisen und stellt fest, daß die monopolistisch gebundenen Preise gegenüber den Konkurrenzpreisen seit Jahr und Tag überhöht sind, jedoch nimmt in der wirtschaftspolitischen Betrachtung nicht einmal diese Erkenntnis den ihr gebührenden Platz ein, zumal sie von einem großen Teil der von der Monopolwirtschaft abhängigen Presse geflissentlich verschwiegen wird.

Es ist heute sehr beliebt, von mangelnder Rentabilität der Wirtschaft zu reden. Wiederum eine für die Wirtschaftspolitik unerlaubte Verallgemeinerung. Wir sehen hier davon

ab, daß wir von diesen Industriezweigen und Unternehmungen genau wissen, daß sie rentabel sind, von anderen fehlen uns angesichts der Undurchsichtigkeit der geschäftlichen Verhältnisse und der falschen Bilanzen die Unterlagen zur Beurteilung der Rentabilität eines Produktionszweiges oder eines Unternehmens. Ja nicht einmal Arbeiterentlassungen und Betriebs-einstellungen zeugen eindeutig für mangelnde Rentabilität. Es ist eben so, daß die Rentabilität nicht nur der verschiedenen Produktionszweige, sondern auch der einzelnen Unternehmungen innerhalb desselben Produktionszweiges außerordentlich verschieden ist. Ausrüstung mit Kapital, Tätigkeit der Betriebsleitung, Beschaffenheit der beschäftigten Arbeitskräfte, Standortverhältnisse usw. sind für die Unterschiede der Rentabilität verantwortlich. Für die Theorie mag der Begriff der Rentabilität des Grenzproduzenten, d. h. des Unternehmers, der unter den ungünstigsten Produktions- und Absatzverhältnissen erzeugt, von Bedeutung sein. Die Rentabilität eines ganzen Produktionszweiges kann aber nicht vom Grenzproduzenten her bestimmt werden, geschweige denn die Rentabilität der gesamten Volkswirtschaft. Gerade die fortwährende Ausschaltung der Grenzproduzenten, die verdrängt werden von anderen, die günstiger produzieren, ist das charakteristische Merkmal der stets vorwärtstreibenden, dynamischen Wirtschaft des Hochkapitalismus. Deshalb bedeuten Stilllegungen von Unternehmungen, ja sogar die Zunahme der Konkurse und Geschäftsaufstößen nur Unrentabilität der betreffenden Unternehmungen, nicht, aber auch die des betreffenden Produktionszweiges oder gar der ganzen Volkswirtschaft.

Sogar bei den Behauptungen über die Dauerkrise der Landwirtschaft, die Verschuldung der Landwirte, die die Rentabilität ihrer Produktion verhindert, springt dieser Mangel an Unterscheidungsvermögen — oder vielmehr an Unterscheidungs willen! — ins Auge. Auf diesem Gebiet ergaben eingehende Untersuchungen die Unrichtigkeit einer solchen Verallgemeinerung. Heute könnte es jedem klar sein, daß die Dauerkrise der Landwirtschaft allein den Getreidebau betrifft, nicht aber auch die Erzeugung von Veredelungsprodukten, und daß die Verschuldung im großen und ganzen allein den getreidebauenden Großgrundbesitz, nicht aber die Bauern, die eine rentable Veredelungsproduktion betreiben, ergreifen hat.

Dieselbe Verallgemeinerung bei der Frage der Kapitalbildung! Man läßt es vielfach dabei bewenden, daß der Kapitalbedarf der gesamten Volkswirtschaft größer ist als die Kapitalbildung und deshalb ein Kapitalmangel vorhanden ist. Die wirtschaftspolitischen Untersuchungen müßten aber zeigen, auf welchen Gebieten eine Untererfüllung mit Kapitalen vorliegt und auf welchen anderen kein Kapitalmangel, ja eine Überfüllung mit Kapital, die dann gewöhnlich zu Fehlinvestitionen verleitet und zur Ausblähung der Leistungsfähigkeit jener Unternehmungen bzw. Produktionszweige führt. Offenbar wäre bei einer gleichmäßigeren Verteilung des Kapitals der volkswirtschaftliche Kapitalmangel geringer. Für alle Fälle ist es ein Unfug, wenn gerade die Produktionszweige und Unternehmungen, die ein Zuviel an Kapital haben, am lautesten den Ruf nach beschleunigter Kapitalbildung aussprechen, nach dem Beispiel des Diebes, der laut „Fanget den Dieb!“ schreit.

Auf derselben Ebene liegt die Verallgemeinerung über die Höhe der Zinslast. Je nachdem, ob ein Unternehmen viel oder wenig Kredit in Anspruch zu nehmen braucht, erhöhen sich die Produktionskosten durch den hohen Zinsfuß. Unternehmungen mit hohen Gewinnen, die unter die Aktionäre aufgeteilt werden — Selbstfinanzierung! — brauchen zur Erweiterung ihrer Anlagen und für ihr Betriebskapital allein ihren Spitzenbedarf auf dem Kredit- oder Geldmarkt zu befriedigen. Ihre wirkliche Zinslast, entstanden aus der Mischung der zinslosen Eigenkapitalien mit dem teuren Kredit, mag sehr gering sein, während andere Unternehmungen, die auf Kredite in großem Umfang angewiesen sind, unter der hohen Zinslast zu leiden haben. Zu bemerken ist noch, daß die Großen die Kredite gewöhnlich billiger erhalten als die kleineren Unternehmungen.

Diese Betrachtungsweise möchten wir auch auf die Beurteilung der steuerlichen Belastung der Wirtschaft ausdehnen. Allgemeine Behauptungen über allzuhohe Steuerlast — mögen sie in diesem Fall auch ihre Richtigkeit haben — können wirtschaftspolitisch erst ausgemerzt werden, wenn man über die Verteilung der Steuerlast unter Berücksichtigung des Prozesses der Steuerüberwälzung, vor allem aber über die Verwendung der Staatsausgaben und deren wirtschaftliche Folgewirkungen für Produktion und Absatz klare Vorstellungen hat. Die Tatsache allein, daß die Steuerlast hoch ist, reicht nicht aus, um daraus irgendwelche wirtschaftspolitischen Folgerungen ziehen zu dürfen.

Die Verallgemeinerungen, die hier gelehrt wurden, werden in der ökonomischen Theorie verwendet. Sie haben dort ihren Platz, wo es gilt, bei der gedanklichen Erfassung des Wirtschaftsprozesses — als erste Annäherung an die Wirklichkeit — bestimmte Tendenzen — häufig auch Wirtschaftsgesetze genannt! — aufzuzeigen. Die Theorie tut dies unter der Voraussetzung eines Gleichgewichts, zu dem der Wirtschaftsprozess tendiert und dessen Störungen durch den Mechanismus der kapitalistischen Wirtschaft selbstständig jeweils ausgeglichen werden. Diese Betrachtung fußt auf dem Wirtschaftsbild einer unbeweglichen, sich nicht entwickelnden (statischen) Wirtschaft und kann daher die Konjunkturercheinungen wie andere Probleme der fortbewegenden (dynamischen) hochkapitalistischen Wirtschaft, in der ein solcher selbsttätiger Ausgleich zeitweilig unterbleibt, nicht erklären. Am allerwenigsten dürfen aber vereinfachte Verallgemeinerungen für das wirtschaftspolitische Handeln maßgebend sein. Hat doch die Wirtschaftspolitik die Aufgabe, die Störungen, die sich im Wirtschaftsprozess ergeben und deren Beseitigung aus den eigenen Kräften der Wirtschaft entweder gar nicht oder erst spät und allein durch große Opfer an menschlichem Wohlstand erfolgen würden, durch bewußte Eingriffe zu mildern, gleichzeitig aber den Wirtschaftslauf

zu gestalten. So wenig sich jene Verallgemeinerungen für wirtschaftspolitische Entscheidungen eignen, so sehr werden sie von den Großunternehmern und von politischen und wirtschaftlichen Organen, die hinter ihnen stehen, herangezogen, um als „geistige“ Waffen im Interessenkampf verwendet zu werden. Die Fehlleitung ökonomischer Begriffe erfolgt zur Förderung bestimmter Absichten. So gesehen wird zwar durch diese Fehlleitung am Geiste der nationalökonomischen Wissenschaft gesündigt, die Fehlleitung vermag jedoch einer einseitigen Interessenpolitik gute Dienste zu leisten.

### Frauenfragen.

#### Das Rein-Kinder-System.

Bei gleichem Rückgang der Geburten soll Deutschland 1975 nur noch 48 Millionen Einwohner haben. — Erwerbslosenproblem und Kinderfrage.

Durch die kapitalistische Presse ging in diesen Tagen ein Artikel, überschrieben: „Das Rein-Kinder-System“. Man sollte, um unserer sozialistischen Sache zu nützen, eigentlich diesen ganzen Klatsch abdrucken, um unseren Freunden und besonders der Arbeiterfrau zu zeigen, wie verheerend es oft in den Gehirnen bürgerlicher Auch-Politiker aussieht.

Der Schreiber sucht zu beweisen, daß, wenn dieser „Geburtenstreik“ so weitergeht, wir 1975 nur noch 48 Millionen Einwohner in Deutschland haben werden.

In Berlin sei es katastrophal mit der Geburtenabnahme. 60 Prozent der Ehen der Nachkriegszeit in der Reichshauptstadt seien überhaupt kinderlos. Wenn in der Vorkriegszeit auf jede Ehe vier Kinder kamen, so jetzt nur noch zwei. Und diese noch verhältnismäßig günstige Zahl sei darauf zurückzuführen, daß die Zahl der unehelichen Kinder so hoch sei.

Ein Hoch also dem unehelichen Kinde, das uns vor dem Aussterben bewahren wird.

Was der Verfasser über die Gründe dieses enormen Rückgangs der Geburten zu sagen weiß, ist jämmerlich. Er weiß nichts von den furchtbaren materiellen Nöten des Volkes. Bei ihm ist der „Geburtenstreik“ nur eine Folge psychologischer Ursachen. Der heutige Mensch sei zu egoistisch, zu materialistisch eingestellt. Wörtlich heißt es da:

„Der heutige Mensch will sein Leben nicht mehr im Interesse des Königs, des Staates usw., sondern nur zum eigenen Nutzen und Genuß gestalten. Von den Auswirkungen des modernen Komforts haben heutzutage die breitesten Volksschichten Besitz ergriffen. Der neuzeitliche Massenmensch will auf keine sich ihm bietende Freude des Lebens zugunsten weiterer Kindergeburten verzichten. Noch krasser als beim Mann kommt dieser unaufhaltbare Drang zur Hebung des materiellen Lebensniveaus bei der heutigen Frau zum Durchbruch.“

Verheerend aber wird die Logik des Verfassers bei der Beantwortung der Frage: „Was sind die voraussetzlichen Folgen?“

„Es hat sich noch immer gezeigt, daß bei den Nationen, die keinen natürlichen Bevölkerungszuwachs mehr haben, eine kulturelle Stagnation, ein wirtschaftlicher und politischer Niedergang eintrat.“

Geringe materielle Vorteile, wie das Verschwinden der Arbeitslosigkeit und der Wohnungsnot, werden durch ein Nachlassen der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und der Produktionskraft aufgewogen.“

Wenn die durch nichts begründete Ansicht des Verfassers zuträfe, daß bei den Nationen, die keinen natürlichen Bevölkerungszuwachs mehr haben, eine kulturelle Stagnation, ein wirtschaftlicher und politischer Niedergang einträte, richtig wäre, müßte China heute an der Spitze aller Nationen der Welt stehen.

Er meint natürlich, der Herr Verfasser, daß bei weniger Geburten der Arbeitgeber nicht so billige Arbeitskräfte bekommt, der Wert der Arbeit steigt, während bei starker Bevölkerungszunahme das Angebot an Arbeitsuchenden die Nachfrage an Arbeitskräften übersteigt und dann der Arbeitgeber eher befehlen, schikamieren und niedrige Hungerlöhne zahlen kann.

Was soll man aber zu der unmenschlichen Zumutung sagen, nach der „geringe, materielle Vorteile, wie das Verschwinden der Arbeitslosigkeit und der Wohnungsnot, durch ein Nachlassen der Leistungsfähigkeit und Produktionskraft aufgewogen werden“.

Für jeden ernsthaften Politiker (und stände er bis weit rechts in den bürgerlichen Parteien) ist das Problem der Arbeitslosigkeit heute das wichtigste, das m. E. nicht zu lösen ist ohne staatlichen Eingriff in die längst überlebten Rechte des Privateigentums. Solange bei einer achtfünfteligen Arbeitszeit es Millionen Arbeitslose gibt, müßte die Arbeitszeit durch die Macht des Staates auf eine Stundenzahl herabgemindert werden, daß alle Arbeitsfähigen Arbeit finden.

Arbeitslosigkeit ist nicht nur eine Frage des Verdienstes. Wer lange arbeitslos war, weiß, wie enternend dieses zum Nichtssein Verurteiltsein für den Arbeiter und seine Familie ist.

Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot, diese beiden furchtbaren Geißeln der Menschheit, aber sind nach dem bürgerlichen Politiker etwas weniger Wichtiges. Wenn nur die Produktionskraft erhalten bleibt. Natürlich meint der seine Herr damit die Möglichkeit auf hohe Dividende.

Wir aber möchten eine andere Schlussfolgerung aus diesem Geschreibsel ziehen:

Wenn — und wer zweifelt daran? — durch starken Rückgang der Bevölkerung die Arbeitslosigkeit und die Wohnungsnot beseitigt werden kann, dann sollte man besonders dem leidenden Proletariat, den Männern und Frauen, den verheirateten und ledigen, dringend anraten, das Rein-Kinder-System, den „Geburtenstreik“ so lange Tat werden zu lassen, bis alle Armen endlich die Schönheiten dieser Erde genießen können und die weniger zahlreichen Kinder in Glück, Freude und menschenwürdigen Verhältnissen aufwachsen können.

### Jugendbewegung.



Leibesübungen geben Unfallsicherheit.

Meistens werden die Unfälle durch einen der drei folgenden Umstände verursacht: durch Unaufmerksamkeit, durch Unentschlossenheit und durch Ungewandtheit. Wie können sich nun die von Unfällen Bedrohten schützen, sich verhältnismäßig unfallsicher machen? Sie müssen sich zum Sehen, zum Handeln und zur Körperbeherrschung erziehen. Diese Erziehung erreicht man durch Leibesübungen! Ob sie nun in der Form des Turnens oder Schwimmens, des Fußballspiels oder Ruderns, des Wanderns oder Schlittschuhlaufens betrieben werden, ist weniger wichtig, wenn nur der Büro- und Werkstattemensch an die Luft und an die Sonne kommt, sich übt und die Muskeln lockert. Auch das Gehen will gelernt sein. Deshalb gehört die Jugend in die Turn- und Sportvereine, hinaus in die freie Luft der Sportplätze! Was man früh gelernt hat, bewahrt man auch später und kann es im Notfall gebrauchen.

Der Sport lehrt scharf aufpassen und sich fest zusammennehmen und seine Kräfte gebrauchen. Nur darauf kommt es an, nicht auf Rekorde. Denn ein übertriebener oder unvorsichtiger Sport kann wieder seinerseits körperliche Schäden verursachen.

Wir weisen darauf hin, daß unter besonderer Beachtung der letztgenannten Hinweise die Arbeiter-Turn- und Sportvereine die geeignetsten Stätten zur Pflege der Leibesübungen sind.

**Bismarck über die Sozialdemokratie.**

Die Sozialdemokratie ist so, wie sie ist, doch immer ein erhebliches Zeichen, ein Menetekel für die besitzenden Klassen dafür, daß nicht alles so ist, wie es sein sollte, daß die Hand zum Befessern angelegt werden kann. — — — Wenn es keine Sozialdemokraten gäbe und wenn nicht eine Menge Leute sich vor ihr fürchteten, würden die mächtigen Fortschritte, die wir bisher in der Sozialreform überhaupt gemacht haben, auch noch nicht existieren, und insofern ist die Furcht vor der Sozialdemokratie in bezug auf diejenigen, der sonst kein Herz für seine armen Mitbürger hat, ein ganz nützlich Element.

### Die erwerbstätige Jugend.

Die Arbeiterjugend hat heute einen schweren Stand. Der Beruf stellt hohe Anforderungen an ihre geistigen und körperlichen Kräfte, dazu kommt die drohende Gefahr einer langen Arbeitslosigkeit. Schätzungsweise stehen heute 80 Prozent aller Jugendlichen von 14 bis 21 Jahren im Erwerbsleben. Gegenüber der Vorkriegszeit ist die Zahl der arbeitenden Jugendlichen, die auf den eigenen Broterwerb angewiesen sind, um 15 Prozent gestiegen. Allein die Zahl der Erwerbstätigen von 14 bis 16 Jahren vermehrte sich von 3,2 Millionen im Jahre 1907 auf 3,8 Millionen im Jahre 1925. Dabei ist noch zu berücksichtigen, daß der durch den Krieg entstandene Geburtenrückgang naturgemäß vermindert auf die Zahl der Jugendlichen drückt. Bei dem jetzt wieder eingetretenen normalen Wachstum der Bevölkerung wird sich bei den Jugendlichen bald die stärkere Auswirkung zeigen. Die bei der Berufszählung von 1925 ermittelten Ergebnisse können jetzt schon als überholt angesehen werden. In Preußen sind bei einer neueren Erhebung rund 1,8 Millionen Jugendliche im Alter von 14 bis 18 Jahren festgesetzt worden. Davon waren 600 000 gewerbliche Lehrlinge, 350 000 in der Landwirtschaft tätig, 220 000 kaufmännische Lehrlinge und der Rest stand in keinem Lehrverhältnis. Man sieht daran, daß heute auch die Zahl der ungelerten Jugendlichen, in Preußen über 600 000, außerordentlich groß ist. Rechnet man noch die in der Landwirtschaft tätigen Jugendlichen dazu, so kommt man in Preußen auf etwa 1 Million Jugendliche, die in keinem Lehrverhältnis stehen.

Aus der gleichen preussischen Erhebung geht hervor, daß in einer ganzen Reihe von Erwerbszweigen, so in der Eisen- und Metallwarenerzeugung, im Baugewerbe, im Bekleidungs- und Steinzeuggewerbe, 80 bis 93 Prozent aller in diesen Gewerben beschäftigten Jugendlichen Lehrlinge sind. In der Papierindustrie 69 Prozent und in der Gemischtwarenindustrie und Textilindustrie 26,8 und 27,5 Prozent. Diese große Verschiedenheit des Anteils der Lehrlinge an der Zahl der Beschäftigten in den einzelnen Gewerben prägt sich scharf in den Lohn- und Arbeitsverhältnissen aus. Im übrigen zeigt sich aber gerade an diesen Zahlen, daß trotz des Fortschritts der Technik und der damit verbundenen stärkeren Einreichung von Maschinen und anderen technischen Hilfsmitteln in den Produktionsprozess das Handwerk nicht verdrängt wird, wie fälschlicherweise vielfach angenommen wird. Die Maschine bleibt schließlich doch immer nur Hilfsmittel.

Aber eins muß besonders hervorgehoben werden. In der Nachkriegszeit ist der Eintritt jugendlicher Mädchen in das Erwerbsleben bedeutend gestiegen. Die Zeiten (schonen endlich vorbei zu sein, daß die weibliche Jugend, wenigstens doch zu 50 Prozent, sich von dem Verdienen zurückgehalten hat. Bei den Mädchen aus dem Arbeiterstande hat es auch früher keine Spornung gegeben, heute kann aber auch der kleine Mittelstand sich ein paar arbeitslose Töchter im Hause nicht mehr leisten. So ist die Zahl der weiblichen Erwerbstätigen im Alter von 14 bis 16 Jahren von 1,4 auf 1,6 Millionen von 1907 bis 1925 gestiegen. Es ergibt sich, daß die jugendlichen männlichen Erwerbstätigen von 1907 bis 1925 um 20 Prozent sich vermehrt haben, die weiblichen um 13,4 Prozent. Nach anderen Erhebungen, die bis 1927 reichen, soll die Zunahme der weiblichen

Jugendlichen zurückgehen. Man folgert daraus, daß die schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse und die Arbeitslosigkeit älterer Mädchen auf geregelte Beschäftigung Veranlassung ist, möglichst früh zu heiraten. Bemerkenswert ist auch, daß die Zunahme der weiblichen Jugendlichen hauptsächlich auf Angestellte entfällt, die sich von 79 000 im Jahre 1907 auf 216 000 im Jahre 1925 vermehrten, während die männlichen jugendlichen Angestellten nur von 241 000 auf 244 000 stiegen. Bei den Arbeitern, worunter die Statistik auch die Lehrlinge faßt, war es umgekehrt. Hier stiegen die männlichen Jugendlichen von 1,2 auf 1,5 Millionen, während die weiblichen Jugendlichen nur von 639 000 auf 667 000 zunahm. Es zeigt sich daran, daß die Berufe der Angestellten von den weiblichen Jugendlichen immer stärker besetzt werden, und daß die Arbeiterberufe die männlichen Jugendlichen von Jahr zu Jahr in stärkerem Umfang aufnehmen.

In einer Schrift „Die erwerbstätige Jugend“ hat Bernhard Mewes die Ergebnisse veröffentlicht, die seinerzeit bei der Auswertung „Das junge Deutschland“ auf Fragebogen ermittelt wurden. Rund 200 000 Berufsschüler wurden befragt. Und das Ergebnis? Es sind die bekanntesten Klagen über die lange Arbeitszeit, Sonntagsarbeit, Urlaubsverweigerung usw. Wertvoll sind diejenigen Feststellungen, daß 36 Prozent aller jugendlichen Erwerbstätigen durch ihren Gesundheitszustand in ihrer Arbeitsfähigkeit erheblich beeinträchtigt sind und 10 Prozent an allgemeiner Schwäche litten. Weitere 5 Prozent waren arbeitsunfähig. Diese Tatsachen müßten Veranlassung geben, die Jugendfürsorge noch bedeutend auszubauen. Wenn Schaumburg-Lippe 1926 18 Pfennig und Württemberg sogar nur zwei Pfennig pro Kopf der Bevölkerung für die Jugendpflege ausgab, so ist das ein Beweis dafür, daß für die Jugendlichen sehr wenig getan wird. Die starke Beeinträchtigung der Jugendlichen in ihrer Arbeitsfähigkeit ist nicht nur eine vorübergehende schlechte Ernährung zurückzuführen, sondern wirken auch noch andere Gründe mit. Die seelischen Erschütterungen haben daran ebenfalls einen hohen Anteil. Dazu kommt die Arbeitslosigkeit, von der auch die Jugendlichen nicht verschont bleiben. Die große Wohnungsnot, der Aufenthalt in dunklen Mietshäusern, das Zusammenwohnen mit Eltern und Geschwister in engen, kalten, muffigen Räumen, die gereizte Stimmung durch zerrüttete Nerven — alles das hinterläßt keine gute Wirkung. Aber es hat keinen Sinn, zu klagen und zu jammern. Davon wird nichts besser. Selbst muß man Hand anlegen und mithelfen, daß es besser wird.

### Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung.

#### Der Streit um die Zahl der Rentenempfänger.

Reichsarbeitsminister Siegelwald teilte im Reichstag mit, daß in Deutschland mehr als 12 Millionen Menschen oder nahezu 20 Prozent der deutschen Gesamtbevölkerung Renten oder Unterhaltungen empfangen. Die Richtigkeit dieser Angabe wurde vielfach bezweifelt, indem die Berechnung von der einen Seite als zu hoch, von der anderen Seite als zu niedrig bezeichnet wurde. Wichtiger als die Richtigkeit der Zahl ist es, was mit dieser Angabe gemeint ist, in welcher Absicht sie erfolgte und wie von dieser Mitteilung Gebrauch gemacht wird. Will man sich mit dem Hinweis begnügen, daß 12 Millionen Personen Zuwendungen von der öffentlichen Hand oder von der Sozialversicherung erhalten, so gibt ein solcher Hinweis keine Auskunft über die Belastung der Wirtschaft. Die Renten dienen verschiedenen Verwendungszwecken, die häufig keine Beziehung zueinander haben, wie z. B. die Pension der Beamten und die Unfallentschädigungen, und müßten ohne staatliche Zuwendung vielfach von der Privatwirtschaft getragen werden. Die Tatsache allein, daß Einkommensstelle über die Staatskasse laufen, zeugt noch nicht von einer besonderen Belastung der Volkswirtschaft. Im übrigen müßte man, wie Abgeordneter Herz im Reichstag ausführte, auch die Einnahmen der Reichsbahn und der Reichspost und noch andere Einnahmen anführen, wenn man über den Umfang der Beträge, die durch die Staatskasse laufen, eine Vorstellung haben wollte. Sollte aber die Mitteilung des Reichsarbeitsministers den Zweck haben, zu zeigen, wie weitherzig der Staat für die Notleidenden sorgt, so ist jene Angabe dafür nicht beweiskräftig. Wenn man die Unterhaltungen in Rechnung stellen wollte, die durch Mitwirkung des Staates entstehen, so wäre die Zahl von den 12 Millionen zu gering. Dann müßte man eben auch die Empfänger von staatlichen Subventionen auf Grund von besonderen Zuwendungen wie Einfuhrzölle, Kredithilfe usw., hinzuzählen, außerdem alle diejenigen, die aus Zöllen und aus Kartellen, die die Zölle voll auszunutzen vermögen, Nutzen ziehen. Es gibt eben nicht allein Sozialrentner, es gibt auch Zoll- und Kartellrentner. Wenn man aber aus der hohen Zahl der Rentenempfänger auf eine große Verschwendung im Staatshaushalt schließen will — und so wird die Angabe des Ministers zweifellos im Unternehmertum ausgelegt —, so kann man gegen eine solche Auslegung nicht genug protestieren. Die Zeitschrift „Magazin der Wirtschaft“, nachdem sie festgestellt, daß es sich hier um das Problem des deutschen Massenelends handelt, macht zu diesem Punkte folgende treffende Bemerkungen: „Reineswegs handelt es sich hierbei allgemein um Notstände, die durch wirtschaftspolitische Maßnahmen beeinflusst werden könnten. Vielmehr ergaben sich die Notstände daraus, daß die moderne Wirtschaft dem alten Mann und der alten Frau keine Beschäftigung mehr geben kann, daß sich in ihrem Ablauf zwangsläufig Unfälle ergeben, deren Opfer von der Allgemeinheit erhalten werden müssen, daß die Zahl der Verkrüppelten und siechen Menschen von Jahr zu Jahr steigt. Diesen Menschen im Rahmen der Agrarpolitik Fleisch und Brot zu verteilen, ist ebenso unsozial wie die Überlegung, ob sich nicht an ihnen Pfennige „ersparen“ ließen.“

### Rechtsprechung.

#### Reichsarbeitsgericht für die Selben.

Der seit Jahren geführte Kampf über die Tariffähigkeit der Arbeitnehmergruppe des Pommerischen Landbundes ist jetzt vom Reichsarbeitsgericht durch Urteil beendet worden. Zur Begründung der vom Landesarbeitsgericht Frankfurt a. d. O. festgestellten Tariffähigkeit dieser wirtschaftsfremdlichen Arbeitnehmergruppe wurde vom Reichsarbeitsgericht ausgeführt: Das Landesarbeitsgericht Frankfurt a. d. O. hat in äußerster ausführlicher Beweisüberhebung alle Fragen geprüft und ist auf Grund dieser umfassenden richterlichen Untersuchung zu dem Ergebnis gekommen, daß eine erhebliche Abhängigkeit der Arbeitnehmergruppe von der Arbeitgeberseite in irgendwelcher Hinsicht vorliegt. Die sich hieraus ergebende Beziehung der Parteifähigkeit und der Tariffähigkeit der Arbeitnehmergruppe des Pommerischen Landbundes ist daher in keiner Weise zu beanstanden.

Diese Entscheidung schlägt dem Rechtsempfinden und den Tatsachen ins Gesicht. Der Pommerische Landbund ist eine Unternehmernorganisation. Seine Arbeitnehmergruppe ist von den Agrariern aufgezogen worden, um sich von den Tarifverträgen zu drücken und um, wie in der „guten alten Zeit“, die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu diktieren. Darin nicht eine „erhebliche“ Abhängigkeit der Arbeitnehmergruppe zu erblicken, dazu muß man die Dinge durch eine verkaufte Juristenbrille betrachten.

Daß die organisierte Arbeiterschaft der Betrogene ist, wenn bürgerliche Berufsrichter in Arbeiterfragen Recht sprechen, braucht uns nicht zu überraschen.

Das Reichsarbeitsgericht zerschlägt bei seiner Einstellung nach und nach viele der in jahrzehntelangem Kampfe geschaffenen Errungenschaften.

### Wirtschaftliches.

#### Die „nationalen“ Kapitalverfechter.

Es ist sehr schwer, über die Höhe der nach dem Ausland geschickten deutschen Kapitalien Schätzungen anzustellen. Gelegentlich der Konferenz von Eilsen über „Kapitalbildung

und Steuerwesen" betonte Prof. Salin, daß jeder, der über Kapitalabwanderung Bescheid weiß, durch das Bankgeheimnis gebunden ist. Prof. Salin dürfte es nun gelingen sein, trotz Bankgeheimnis Auskünfte aus Bankkreisen im Ausland über die Höhe der abgewanderten deutschen Kapitalien erhalten zu haben. Er behauptet auf Grund dieser Auskünfte, daß die Kapitalflucht in den Jahren 1927, 1928 und 1929 jährlich mindestens 1 Milliarde und höchstens 2 Milliarden Mark betrug. Die tatsächliche Summe bliebe näher an der höheren als an der niedrigeren Ziffer. Das bedeutet aber, daß die deutsche Kapitalbildung wesentlich höher war, als im allgemeinen angenommen wird und auch in den Schätzungen des Statistischen Reichsamts erscheint. Die Regierung bereitet jetzt Gesetzentwürfe vor, die mit Hilfe von Steuerermäßigungen für Kapitalanlagen die Kapitalflucht eindämmen sollen. Demgegenüber verdient die Feststellung von Prof. Salin Beachtung, daß es bei der Kapitalflucht sich nur zum Teil um eine Kapitalabwanderung zur Hinterziehung von Steuern handelt. Bei den kleinen Sparern — auch Kleinsparern waren an der Kapitalflucht beteiligt — war die Angst vor einer neuen Erschütterung der Währung maßgebend, bei den Besitzern großer Vermögen verschiedene politische Momente, Furcht vor einem neuen Krieg, einer neuen Revolution oder sonst nicht voraussehbaren Wechselfällen. Außerdem spielt die Zollpolitik des Auslandes für die Kapitalabwanderung eine große Rolle, indem deutsches Kapital nach dem Ausland abwandert, um dort Zollrenten zu genießen. Unternehmer, die einmal die Freuden eines ausländischen „Steuerparadieses“ kennenlernten, kehren nicht leichtsinnig im in jedem Fall steuerreicheren Land zurück, zumal es heute in vielen Kreisen nicht mehr als national gilt, sich in die Geheße zu fügen, sondern umgekehrt: es gilt als national, die Geheße zu umgehen! Während die kleinen Sparer die geschätzten Kapitalien ins Land zurückbringen, sobald ihre Inflationsangst (die völlig unbegründet und nur der Heße der nationalistischen Presse zu verdanken war. Die Red.) verschwindet, bleiben die von den Besitzern großer Vermögen ins Ausland gebrachten Kapitalien für die deutsche Kapitalversorgung verloren!

**Ein wissenschaftliches Urteil über die kapitalistische Wirtschaftsordnung.**

In einem sehr beachtlichen Artikel beschäftigt sich der bekannte Freiburger Nationalökonom Prof. v. Schulze-Gävernitz im letzten Heft des Archivs für Sozialwissenschaft mit der Rolle der Maschine im Kapitalismus. Er geht hierbei davon aus, daß alle Fortschritte der Technik es bisher nicht vermochten, eine ausreichende Versorgung der Mehrzahl des Volkes mit dem notwendigen Lebensbedarf zu gewährleisten. Selbst in dem reichen Amerika ständen 10 Millionen Familien nicht über dem Existenzminimum, während weitere 10 Millionen Familien jeder kulturellen Lebenshaltung ermangelten. Wenn man die starke Arbeitslosigkeit, die die Maschine überall mit sich brachte — von 1924 bis 1926 stieg die industrielle Produktion in Amerika um 88 v. H., dagegen sank die Zahl der Beschäftigten um 12 v. H. —, in Rechnung stellt, so ist der von Schulze-Gävernitz angeführte Zweifel durchaus berechtigt, daß trotz aller Fortschritte der Produktionstechnik kaum der Index der Massenwohlfahrt angestiegen ist. Neben der Massenarbeitslosigkeit bedroht die in der Industrie Beschäftigten ständig die Gefahr periodischer Arbeitslosigkeit, da die Überproduktion infolge des Mißverhältnisses von Produktionskraft und Kaufkraft immer wieder zu zeitweiliger Stillstand oder zeitweiliger Einschränkungen der Produktion zwingt. Vor allem aber sei die ständige Nichtausnutzung der tatsächlichen Produktionskapazität, die dem Kapitalismus eigen sei, eine ungeheure Verschwendung der Sparanlagen der Volkswirtschaft. Nur eine bewußte Politik der Kaufkraft-erhöhung des heimischen Marktes durch Lohnsteigerungen könne hier Besserungen herbeiführen, wobei sich Schulze-Gävernitz im Gegensatz zu der immer wieder von Unternehmern geäußerten Ansicht dazu bekennt, daß gerade auch in Depressionszeiten Lohnsteigerungen zwecks Anhebung der Wirtschaft notwendig seien. Erfolge dieses nicht, so sei die Maschine in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung gleichbedeutend mit Arbeitslosigkeit als Dauererscheinung, Arbeitslosigkeit als Krisenerscheinung, mit Überproduktion bei Unteranfnahme, mit Klassenkampf und imperialistischer Gewaltpolitik.

Noch schärfer und genauer ausgedrückt, Rationalisierung und Technisierung werden sich erst in der sozialistischen Wirtschaftsordnung wehrhaft zum Segen der Menschheit auswirken können.

**Internationale Arbeiterbewegung.**

**Lohnabbau in der Sowjetunion.**

Das Sinken des Lohnniveaus in der Sowjetunion läßt sich nicht mehr verschleiern. In der letzten abgehaltenen Plenarsitzung der russischen Gewerkschaftszentrale wurde bekanntgegeben, daß der Reallohn des Industriearbeiters in der ersten Hälfte des laufenden Wirtschaftsjahres um 9,1 v. H. gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres gestiegen ist, während sich die Lebenshaltungskosten gleichzeitig um 15,5 v. H. erhöht haben („Trud“ vom 21. Mai). Das bedeutet, daß der Reallohn um 5,5 v. H. gesunken ist. Dieser Betrag liegt der bewußt verfallende Index der Lebenshaltungskosten zugrunde, so daß die tatsächliche Senkung des Reallohnes noch viel beträchtlicher ist.

**Die Gewerkschaftsbewegung in USA.**

Das amerikanische Büro für Arbeitsstatistik zieht einen Vergleich zwischen der Mitgliederzahl der Gewerkschaftsbewegung der USA im Jahre 1928 und im Jahre 1929. Die Gesamtzahl zeigt einen Rückgang von 443.323 auf 431.251, das heißt von 112.272. Der Amerikanische Gewerkschaftsbund hat in dieser Zeit einen Zuwachs von 126.430 Mitgliedern zu verzeichnen, hauptsächlich verursacht durch die Rückkehr der im Jahre 1926 ausgeschlossenen Organisation der Eisenbahn- und Gasbeschäftigten. (Die A. F. of L. zählt zur Zeit 3 Millionen Mitglieder.) Den Angaben des Büros zufolge gab es im Jahre 1929 insgesamt 146 nationale Organisationen, 106 dieser Verbände gehörten zu 2. 2. 2. = (1928: 126 u. 127).

**Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit im Fabrikarbeiter-Verband Anfang Mai 1930.**

Die schwierige Lage der deutschen Wirtschaft prägt sich am aller-schärfsten in der Gestaltung des Arbeitsmarktes aus. Noch nie in der Geschichte der modernen deutschen Volkswirtschaft ist die Entwicklung des deutschen Arbeitsmarktes so ungünstig gewesen wie gegenwärtig. Nach der Statistik der Arbeitslosenversicherung betrug die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung am 15. Mai 1930 = 1.630.000 und in der Krisen-fürsorge 323.000, insgesamt 1.953.000, das ist gegenüber dem Vor-jahr ein Mehr von circa 825.000 Unterstützungsempfängern. Die Zahl der Unterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung um-faßt jedoch nur einen Teil der Arbeitslosen. Am 15. Mai 1930 betrug die Zahl der verfügbaren Arbeitsuchenden insgesamt über 2.700.000, mithin bezogen 4 Millionen Arbeitslose keine Unterstützung, weder aus der Arbeitslosenversicherung noch aus der Krisenfürsorge. Allein in den Saisonberufen ist in diesem Jahre die Zahl der Arbeit-suchenden um eine halbe Million höher als im Vorjahre und in der Konjunkturgruppe um 850.000, insgesamt war am 15. Mai 1930 die Zahl der Arbeitsuchenden um 1.150.000 höher als im Vorjahre.

Die Ausfichten auf Verminderung der Arbeitslosigkeit durch Besserung der Wirtschaftslage sind vorläufig recht gering. Immer noch werden Stilllegungen und Betriebseinschränkungen gemeldet, während die Berichte von Betriebseröffnungen oder Betriebs-erweiterungen sehr selten sind. Im Ruhrgebiet sind seit Anfang dieses Jahres 35.000 Bergleute abgebaut. Weitere Stilllegungen und Entlassungen sind angekündigt. Die im Kohlenbergbau des Ruhr-gebiets beschäftigte Zahl der Bergarbeiter ist die niedrigste seit Kriegsende. Nach dem Jahresbericht der I. G. Farbenindustrie, A. G., ist die Zahl der Beschäftigten in allen Werken des Gesamt-konzerns von 154.596 Ende 1928 auf 131.752 Ende 1929 gesunken. Inzwischen sind die Entlassungen fortgesetzt, so daß allein in diesem Industriezweig die Zahl der Beschäftigten sich innerhalb eines Jahres um circa 25.000 vermindert hat. Die Verminderung der Zahl der Beschäftigten konnte stattfinden, wie im Bericht betont wird, bei einem Umsatz in der gleichen Höhe des Vorjahres. Die Rationalisierung hat eine große Zahl von Arbeitskräften freigelegt. Sie hat zwar die Produktion ungeheuer gesteigert, aber die notwendige Steigerung des Bedarfs ist nicht eingetreten. Weder Preissteigerung noch eine wesentliche Steigerung der Löhne und Gehälter sind als Auswirkung der Rationalisierung erfolgt.

Der Rückgang der Arbeitslosigkeit innerhalb unsere Verbandes war im Monat April sehr gering. Nur um 1,6 v. H. ist die Zahl der Arbeitslosen gesunken, während der Rückgang in dem gleichen Monat des Vorjahres 4,7 v. H. betrug. Von unserer Arbeits-losenstatistik Ende April wurden insgesamt 448.134 Mitglieder er-faßt, das sind circa 96 v. H. der Gesamtmitgliedschaft. 44 Zahl-stellen mit circa 15.000 Mitgliedern fielen in der Berichterstatung aus. Die Berichtskarten gingen entweder gar nicht oder verspätet ein. Von den von der Statistik erfaßten Mitgliedern waren ins-gesamt 82.328 oder 18,3 v. H. arbeitslos und 44.714 oder 9,9 v. H. arbeitslos verkürzt. Im Vormonat waren 19,9 v. H. arbeitslos und 10,6 v. H. arbeitslos verkürzt. Die Verhältniszahl für die voll-arbeitenden Mitglieder des Verbandes betrug Ende April 1930 78,4. Das ist gegenüber dem Vormonat eine Steigerung um 1,9 v. H.; in der gleichen Zeit des Vorjahres war die Zahl 88,5 v. H., sie ist also in diesem Jahre um 10,1 v. H. geringer.

Die Veränderungen des Arbeitsmarktes in den einzelnen Industriezweigen waren nur sehr gering. Der saisonmäßige Auf-schwung, der sonst in den Frühjahrsmonaten einsetzt, war in diesem Jahre nur außerordentlich schwach, ein Beweis dafür, daß es eine Sonderbewegung des Arbeitsmarktes in den sogenannten Saison-berufen nicht gibt, sondern daß die Stärke des Saisonaufschwungs von der allgemeinen Konjunkturbewegung abhängig ist.

In der chemischen Industrie ging die Arbeitslosigkeit nur um einen kleinen Prozentbruchteil zurück, das gleiche in der Papier-Industrie. Etwas stärker war der Rückgang in der

Porzellan-Industrie. In der Glas-Industrie und in der Spielwaren-Industrie erhöhte sich sogar die Arbeitslosigkeit. Der Rückgang der Kurzarbeit war im allgemeinen sehr gering-fällig. In der Papier-Industrie trat sogar eine Erhöhung der Kur-zarbeit ein.

Wie sich der Beschäftigungsgrad in den einzelnen Industrie-gruppen unseres Verbandes entwickelte, zeigt folgende Übersicht:

Von je 100 Mitgliedern waren arbeitslos:

	Ende März			Ende April		
	männl.	weibl.	insges.	männl.	weibl.	insges.
Fabrikarbeiterverband insgesamt	20,6	17,5	19,9	18,8	16,8	18,3
In der Industrie-Gruppe:						
Chemie	13,0	15,6	13,6	12,2	15,7	13,1
Papier	9,6	11,4	10,0	9,4	12,1	9,9
Nahrungsmittel	14,7	21,3	16,4	13,6	20,8	15,4
Spielwaren, Blumen und so weiter	32,9	23,7	27,7	34,7	24,3	28,8
Sonstige Industrien	29,9	16,7	26,3	29,9	17,6	26,6
Keramischer Bund insgesamt	28,0	19,7	26,5	24,7	17,3	23,3
a) Porzellan	15,7	12,7	14,5	14,8	11,2	13,4
b) Glas	19,4	16,1	19,0	20,3	17,0	20,2
c) Grobkeramik usw.	36,8	34,6	36,6	30,1	27,2	29,7

arbeitslos verkürzt:

	Ende März			Ende April		
	männl.	weibl.	insges.	männl.	weibl.	insges.
Fabrikarbeiterverband insgesamt	9,7	13,7	10,6	9,1	12,7	9,9
In der Industrie-Gruppe:						
Chemie	10,3	16,6	11,8	9,8	15,5	11,1
Papier	11,1	14,9	11,9	11,7	16,7	12,7
Nahrungsmittel	4,9	3,0	4,4	4,3	0,6	3,4
Spielwaren, Blumen und so weiter	21,1	25,3	23,5	23,4	24,2	23,8
Sonstige Industrien	5,4	7,7	6,6	4,9	8,0	5,7
Keramischer Bund insgesamt	10,2	13,7	10,8	9,4	12,5	10,0
a) Porzellan	21,6	17,3	19,9	20,1	15,9	18,4
b) Glas	10,1	9,6	10,0	9,3	9,3	9,3
c) Grobkeramik usw.	6,4	10,4	6,8	6,0	3,3	6,4

Außerordentlich gering ist der Rückgang in der Gruppe Grob-keramik und Baustoff-Industrie, einer ausgesprochenen Saisonindustrie. Vergleichen wir die Verhältniszahlen für die Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit in der Gruppe Grobkeramik in den letzten Jahren für Ende April, dann treten die großen Unter-schiede des Beschäftigungsgrades außerordentlich in Erscheinung.

	Arbeitslosigkeit	Kurzarbeit
Ende April 1927	7,1	1,5
Ende April 1928	5,2	0,3
Ende April 1929	15,6	1,0
Ende April 1930	29,7	6,4

In der Gruppe Baustoff-Industrie ist die Beschäftigung im Frühjahre 1930 schlechter als in anderen Jahren in den Winter-monaten.

Nach der geographischen Verteilung der Arbeitslosigkeit steht Ostpreußen mit 36,3 v. H. am ungünstigsten. Auch die anderen öst-lichen Provinzen, so Pommern mit 24,4 v. H., Schlesien mit 22,7 v. H., ebenso auch das linke Rheinland mit 21,9 v. H., zeigen eine außerordentlich ungünstige Arbeitsmarktlage. Den niedrigsten Prozentsatz von Arbeitslosigkeit haben Württemberg mit 10,9 v. H. und Südbayern mit 12,8 v. H., während sich alle übrigen Bezirke mehr oder weniger in der Nähe des sehr hohen Durchschnitts be-wegen.

**Rundschau.**

**Gesundheitspflege und Fürsorge auf der Internationalen Hygiene-Ausstellung.**

Die öffentliche Gesundheitspflege des Reiches, der Länder und der Gemeinden, also eine Angelegenheit, die heute bei den überaus angespannten wirtschaftlichen Verhältnissen und der daraus mit bedingten hohen Beanspruchung der Gesund-heit des einzelnen so ziemlich jeden Menschen angeht, wird wohl überhaupt zum ersten Male eine umfassende und plan-mäßige Märkte auf der das breite Publikum auf der in diesem Sommer in Dresden stattfindenden Inter-nationalen Hygiene-Ausstellung finden. Mit großer Sorgfalt sind alle Gebiete der öffentlichen Gesundheits-pflege in dem ausführlichen Ausstellungsplan festgestellt und gegeneinander abgegrenzt. Dabei ist es der Ausstellungs-leitung gelungen, für jedes der zahlreichen Teilgebiete als leitende Sachbearbeiter Persönlichkeiten zu gewinnen, die schon in ihrer Berufstätigkeit eine führende Rolle auf dem betreffenden Gebiete innehaben. Es ist verfrüht, schon jetzt Einzelheiten über die verschiedenen Ausstellungsseile zu geben; es muß vielmehr vorerst der Hinweis genügen, daß für jeden Wesentlichen und Wichtiges aus der umfassenden Darstellung zu sehen und kennenzulernen sein wird.

**Der Mexikanische Gewerkschaftsbund.**

Direkten Mitteilungen des Mexikanischen Gewerkschaftsbundes (Confederacion Regional Obrera Mexicana) entnehmen wir nach-folgende Angaben über die Mitgliederzahl und die Zahl der ange-schlossenen Organisationen am 31. Dezember 1929.

Insgesamt waren an diesem Datum 1.300.000 Mitglieder ange-schlossen, gegen 750.000 Ende 1924 und 2.000.000 Ende 1927. Dem Gewerkschaftsbund sind 5 nationale Föderationen, 19 Or-ganisationen der verschiedenen Staaten und 42 Bezirksföderationen angeschlossen. Insgesamt gibt es 1200 Verbände. Die 5 nationalen Föderationen erfassen die Zuckerindustrie, die Lebensmittelindustrie, die Eisenbahnen, die graphischen Betriebe, die Landarbeiter und Seelenute.

**Berichte aus den Zahlstellen.**

**Emil Baumann †.**

Der ehemalige Geschäftsführer unserer Zahlstelle Köslin ist in der Klinik Greifswald an einem Magen-leiden gestorben.

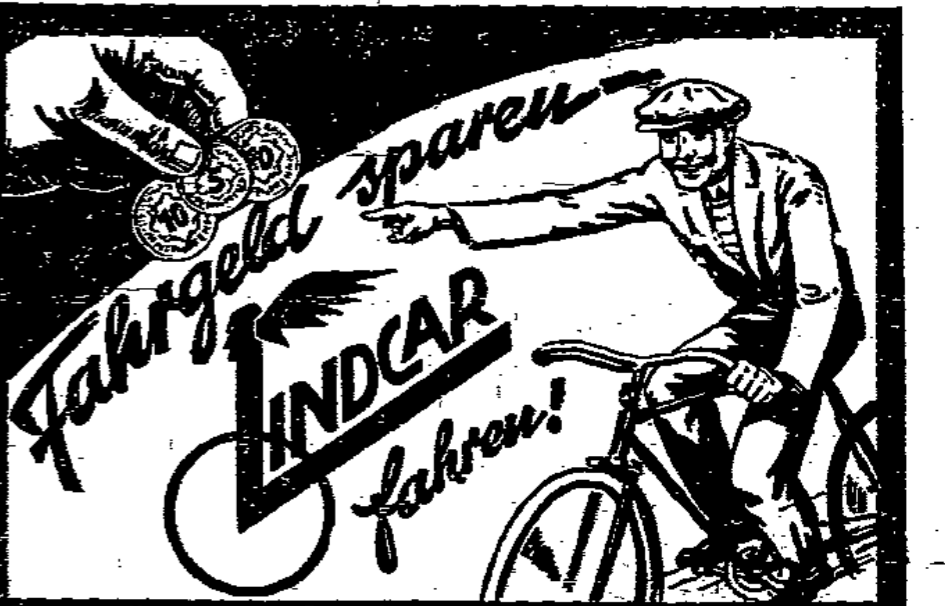
Emil Baumann war Mitbegründer der Zahlstelle Köslin und gehörte zu den wenigen, die trotz aller Drangsalierung und Maßregelung die Föhne der gewerk-schaftlichen Organisation nicht sinken ließen. Mit Emil Baumann und einigen wenigen Allen gelang es uns auch, die Zahlstelle aufzubauen und vorwärtszubringen, so daß wir im Jahre 1907 den nun verstorbenen Kollegen als Geschäftsführer anstellen konnten. Seinen Posten als 1. Geschäftsführer verlor er bei einem bescheidenen Gehalt von knapp 30 Mk. pro Woche. Nebenbei war er auch noch hauptamtlicher Kassierer der Genossen-schaftsbewegung. Bis zum Jahre 1911 war Emil Baumann Geschäftsführer der Zahlstelle Köslin. Dann schied er freiwillig aus und wurde angestellter Geschäftsführer des Konsumvereins für Köslin und Umgegend. In dieser neuen Stellung hat er mit Fleiß und Umsicht ge-arbeitet, und so hat die Genossenschaftsbewegung in Köslin unendlich viel der außerordentlichen Hingabe und Aufopferung Baumanns zu verdanken. Auch als Kollege Baumann nicht mehr Angestellter unseres Verbandes war, hat er überall und zu jeder Zeit mitgearbeitet an dem Aufbau unseres Verbandes, dem er bis zu seinem Tode als Mitglied treu blieb. Die gesamte Arbeiter-bewegung Köslins verliert an ihm den gütigen, aus-gleichenden Freund und Genossen, der stets bereit war, Vermittler zu sein, und der alle Gegensätze in der Be-wegung auszugleichen versuchte.

Wir werden nie vergessen, was unser toter Freund und Mitkämpfer für unseren Verband getan und ge-leistet hat.

**Verbandsnachrichten.**

**Ausgeschlossen**

wurde auf Grund des § 14 Ziffer 3a des bisherige Mitglied der Zahlstelle: Salsburg: ...



**1 Woche Fahrgeld = 1 Wochenrate**  
**LINDCAR-FAHRRADWERK**  
 Aktiengesellschaft, Berlin-Lichtenrade

**Unternehmen der Gewerkschaften**

Auskunft und Bestellung direkt durch das Werk sowie durch alle Ortsausschüsse des ADGB.

## Chemische Industrie

Aus der internationalen chemischen Industrie.  
Gewinnergebnisse  
internationaler Chemiekonzerne.

Die chemische Produktion befindet sich in allen Ländern der Erde in einer stark aufsteigenden Kurve. Diese Industrie, die in der Vorkriegszeit in Hinsicht auf ihren Standort begrenzt war, hat namentlich durch den Krieg eine Verbreitung auf der ganzen Welt erfahren. In großen Kulturländern Europas, in Amerika, aber auch in wirtschaftlich erst in der Entwicklung begriffenen Staaten, namentlich in den asiatischen, sind zum Teil mit Staatshilfe und durch Subventionen bedeutende Produktionswerkstätten der chemischen Industrie entstanden.

Hand in Hand mit der Ausdehnung der chemischen Industrie ging in den letzten Jahren die Rationalisierung und Vervollkommnung der Arbeitsmethoden, daneben wurde eine ungezählte Menge neuer Produkte in den Arbeitsbereich der chemischen Industrie gezogen, wobei durch die Einführung der synthetischen Arbeitsmethoden zum Teil eine vollständige Neuorientierung auf dem Markt der bisherigen Grund- und Rohstoffe, ja sogar eine völlig neue Technik der Gütererzeugung herbeigeführt wurde.

Während für andere wichtige Schlüsselindustrien der Welt Produktionszahlen, Absatzzahlen, Aus- und Einfuhrzahlen vorliegen, trifft dies für die chemische Industrie nur in einem beschränkten Umfange zu, so daß über den Wert der Weltproduktion der chemischen Industrie außerordentlich schwer positive Angaben zu machen sind.

Einen ungefähren Maßstab über den Wert der chemischen Produktion und für die Verteilung auf die einzelnen Länder der Welt erhält man durch nachfolgende Tabelle:

Produktion der chemischen Industrie  
(in Milliarden Reichsmark und in Prozent der Weltproduktion)

Länder	1924		1928		1924 = 100
	RM	%	RM	%	
Deutsches Reich	3,0	16,2	4,0	16,7	133
Großbritannien und Irland	2,5	13,5	3,0	12,5	120
Schweden	0,2	1,1	0,2	0,8	100
Rußland	0,44	2,4	1,0	4,2	227
Vereinigten Staaten	8,4	45,4	11,0	45,8	131
Kanada	0,47	2,5	0,6	2,5	128
Abrige Länder	3,5	18,9	4,2	17,5	120
Weltproduktion	18,51	100,0	24,0	100,0	1300

Daraus ergibt sich, daß die Vereinigten Staaten, Deutschland und England an der Spitze der chemischen Produktion der Welt marschieren. Wenn Deutschland, an der Produktion der Vereinigten Staaten gemessen, bisher Hauptexportland sein konnte, so liegt das daran, daß die chemische Produktion Amerikas zum überwiegenden Teil auf dem inländischen Wirtschaftsmarkt selbst abgesetzt werden kann. Bei Betrachtung der industriellen Produktion in den einzelnen Staaten fällt auf, daß die Entwicklung in dieser Industrie wie in kaum einer anderen in verhältnismäßig kurzer Zeit zur Konzentration in Großunternehmen, den großen nationalen Chemietrusts, geführt hat. Das liegt zum größten Teil daran, daß zur Ausarbeitung und Erforschung neuer Produktionsverfahren zum Teil riesige Summen benötigt werden, die von Klein- und Mittelbetrieben nicht aufgebracht werden können. Gerade auf dem Gebiete der chemischen Industrie ist die Technik in einer schnell vorwärtsschreitenden Entwicklung begriffen, in der gleichsam über Nacht neue Arbeitsmethoden einander ablösen. Wer die Fülle der Patentanmeldungen der chemischen Großunternehmen, die jährlich in die Tausende gehen, kennt, kann die Bedeutung dieses Umfandes ermessen. Besonders tritt diese Konzentration in folgender Tabelle in Erscheinung, die den Anteil bestimmter Standardprodukte der Chemie, gemessen an der Landesproduktion, aufzeigt.

Es entfielen 1927 bzw. 1928 von der Landesproduktion an:

	Synthet. Farben	Synthet. Stickstoff	Schwefelsäure	Superphosphat
in Deutschland: auf J.-G. Farbenindustrie	etwa 100%	etwa 85%	etwa 90%	—
in Großbritannien: auf Imperial Chemical Industries Ltd.	etwa 40%	etwa 100%	etwa 100%	—
in Frankreich: auf Etablissement Kuhlmann <sup>1</sup>	etwa 80%	etwa 30%	etwa 70%	etwa 70%
in Belgien: auf Union Chimique Belge	—	—	etwa 100%	—
in Italien: auf Montecatini <sup>2</sup>	—	etwa 60%	—	etwa 70%
in den Vereinigten Staaten: auf E. J. Du Pont de Nemours	nimmt in der Herstellung von Sprengstoff, Kunstseide, synthetischer Farben eine hervorragende Stellung ein.			

<sup>1</sup> Salpetersäure.  
<sup>2</sup> Zusammen mit Manufacture de Glaces et Produits Chimiques de Saint-Gobain.

Montecatini beherrscht zugleich über 80 Prozent der italienischen Schwefelsäure- und über 30 Prozent der Schwefelgewinnung.

Durch diese Monopollstellung der einzelnen Trusts in ihren Heimatländern ist es begreiflich, daß die Geschäftsabschlüsse von Jahr zu Jahr steigenden Umfang annehmen. Im nachfolgenden soll das Geschäftsergebnis einiger internationaler Chemietrusts einer kurzen Betrachtung unterzogen werden. So betragen die Gewinne der Großkonzerne in USA bei der Gruppe Du Pont de Nemours im Jahre 1929 72,3 Millionen Dollar, bei der Allied Chemical & Dye Corp. 30,2 Millionen Dollar. Das Gesamtvermögen des Du Pont-Konzerns hat sich von 463 auf 542 Millionen Dollar erhöht. Dieses Unternehmen ist zu einem großen Teil an den bekannten General Motors, Automobilfabriken, beteiligt. Diese Beteiligung ergab für das Jahr 1929 allein einen Gewinn von 43 Millionen

Dollar, so daß mehr als die Hälfte des Reingewinns aus den Interessen an der Automobilindustrie herrühren. Neben dem bekannten Einfluß auf die Opel-Automobilgesellschaft in Deutschland erstreckt sich auch das Interesse auf die dem Oberkohlkonzern nahestehende Farben- und Lackfabrik von Mosebach, AG., in Riesa. Der Wert der Produktion der USA-Chemie beträgt 12,5 Milliarden Mark, die Konzentration der chemischen Industrie Amerikas kommt darin zum Ausdruck, daß die Zahl der chemischen Betriebe von 1848 auf 7597 zurückgegangen ist. Zu gleicher Zeit stieg der Wert der Produktion auf das Dreifache. (Vergleichsjahre 1914/1928.) Die Ausfuhr an Chemikalien stieg um 13 v. H., die Herstellung von Anilinfarben ist ebenfalls um 13 v. H. gestiegen und wird namentlich durch die bekanntgewordene Übertragung der Produktion hochwertiger Farbstoffe nach Amerika durch die J.-G. Farbenindustrie weiterhin steigen.

Aber eine zehnprozentige Gewinnsteigerung berichtet der englische Chemietrust „Imperial Chemical Industries“, dessen Geschäftsbericht für das Jahr 1929 ebenfalls vorliegt. Der Trust, der in seinen englischen Betrieben zirka 60 000 Menschen beschäftigt, hat Tochterunternehmen in Kanada, Indien, Australien und Südafrika. Er beherrscht in Amerika durch die internationale Nickel-Kompanie 90 v. H. der Welt-nickelproduktion und in Deutschland ein Viertel des Kapitals des Hirsch-Kupfer- und Messingtrusts. Bei einem Aktienkapital von 1900 Millionen Mark beträgt der Reingewinn

## Der Widersinn der kapitalistischen Wirtschaftsordnung.

Die gegenwärtige Gesellschaftsordnung beruht auf dem Erwerbssinn, auf dem materiellen Individualismus ihrer Mitglieder. Aber sie versagt nicht nur in ideeller Hinsicht, verweigert in jedem ihrer Akte alle ethischen Werte der Menschheit — auch als materielle Ordnung der Gesellschaft hat sie sich selber längst ihr Urteil gesprochen. Gerade gegenwärtig erleben wir ja diese Bankrotklärung der kapitalistischen Gesellschaft als Wirtschaftsordnung in Fraktur. Was ist das für eine Ordnung der Wirtschaft, in der Millionen arbeitsfähiger und arbeitswilliger Menschen aller Erwerbsmöglichkeiten beraubt sind? Oder was ist das für eine Ordnung der Gesellschaft, in der, wie kürzlich im Weltkrieg, Millionen von Menschen gezwungen werden, sich gegenseitig umzubringen, in der alle Errungenschaften der Kultur zur Zerstörung der Kultur mißbraucht werden?

Karl Korn („Die Weltanschauung des Sozialismus“, Arbeiterjugend-Verlag).

116 Millionen Mark. Die Reserven des Unternehmens betragen 335 Millionen Mark. In dem Bericht des Trustes wird auch auf das mit der J.-G. Farbenindustrie abgeschlossene Stickstoffabkommen Bezug genommen. Man ist der Hoffnung, daß weitere internationale Abkommen getroffen werden, so daß man dadurch zu einer monopolartigen Beherrschung des Weltstickstoffmarktes gelangen wird.

Der Bericht des italienischen Trustes Montecatini weist ebenfalls einen günstigen Abschluß aus. Für das Jahr 1929 ergibt sich ein Fabrikationsgewinn von 96,21 Millionen Lire, aus den Beteiligungen des Unternehmens ein Gewinn von 61,29 Millionen Lire. Aus dem Reingewinn von 98,17 Millionen Lire wird eine Dividende von 18 v. H. verteilt. Bei 500 Millionen Lire Aktienkapital sind 362,64 Millionen als Reserven ausgewiesen.

Interessant sind in dem Bericht des Trustes die Ausführungen über die Stickstoffindustrie. Demnach ist der italienische Gesamtverbrauch an Düngemitteln von 15,05 Millionen Doppelzentner Superphosphat und 3,47 Millionen Doppelzentner Stickstoffverbindungen hinter dem möglichen Absatz von 52 Millionen Doppelzentner Superphosphat und 17 Millionen Doppelzentner Stickstoffverbindungen zurückgeblieben. Die Welterzeugung an Stickstoff wird für das Jahr 1928/29 mit 2 113 000 Tonnen gegen 1 724 000 Tonnen 1927/28 angegeben. Der Verbrauch mit 1 872 000 Tonnen. Das bedeutet eine Steigerung der Produktion um 22 v. H., des Verbrauchs dagegen nur um 14 v. H., Angaben, die das Mißverhältnis zwischen Produktion und Absatz in der Stickstoffindustrie treffend beleuchten. Die Stickstoffindustrie ist weiter ausgebaut worden, zum Teil auf Grund von Vereinbarungen mit der J.-G. Farbenindustrie unter Benützung der J.-G.-Patente für die Herstellung von Nitrophoska.

Die Gesellschaft für chemische Industrie Basel wird wiederum eine Dividende von 17 v. H. ausschütten. Der Reingewinn für das abgelaufene Geschäftsjahr beträgt 3,8 Millionen Schweizer Franken (3,6 im Vorjahre). Die Beteiligungen des Unternehmens verminderten sich von 18,2 auf 17,4 Millionen Schweizer Franken. Der Verkauf von Farbstoffen nahm trotz der scharfen Konkurrenz weiterhin zu. Als ein wesentliches Moment der günstigen Entwicklung wird die nach mehrjährigen Verhandlungen herbeigeführte Verständigung über den Farbstoffverkauf zwischen den deutschen und französischen Firmen bezeichnet. Der Absatz in pharmazeutischen Spezialpräparaten war gut und entwickelte sich durch Schaffung verschiedener Vereinbarungen weiter vorwärts. Im Bericht wird die Beteiligung an der Gründung der Rhodiaseta-AG., Basel, erwähnt (ein Tochterunternehmen befindet sich in Freiburg in S.).

Aus der Betrachtung der Jahresabschlüsse der Chemiekonzerne in den einzelnen Ländern ergibt sich ein dauerndes Steigen der chemischen Produktion, wodurch von Jahr zu Jahr die Absatzfrage für diese Unternehmen immer brennender wird. Die Verhältnisse stellen die Unternehmen

vor die Frage, entweder in ernste Wirtschaftskämpfe verwickelt zu werden oder einen Ausgleich durch internationale Bindungen und Verabredungen nach dem Wachstum der Produktionsfähigkeit zu suchen.

Entsprechend den Tendenzen der modernen kapitalistischen Wirtschaftsentwicklung sehen wir auf allen Gebieten der chemischen Produktion internationale Vereinbarungen entstehen, die eine Verständigung über Größe der Produktion und Absatzgebiete für die einzelnen Länder sichern sollen. Es haben bereits für die wichtigsten Produktionszweige Verständigungen stattgefunden, zuletzt auf dem Gebiete der Stickstoffindustrie. Gelingt es, noch einzelne außenstehende Länder in diesen Kreis einzubeziehen, so wäre es der internationalen Großchemie gelungen, ein Weltmonopol für dieses Produkt herzustellen. Ähnliche Bindungen bestehen bereits für die Farbenindustrie und andere Zweige der chemischen Industrie. Bis zum Ende durchgeführt, bedeutet diese Entwicklung die Herrschaft einer internationalen wirtschaftlichen Machtgruppe, die gleichermaßen die Schlüsselindustrie für die Friedens- und Kriegsproduktion in Händen hält. Es gibt keine Wirtschaftsgruppe, der im Leben der Gegenwart mehr Bedeutung und Aufmerksamkeit zugewandt werden muß, als der internationalen Großchemie.

K. Segerer.

## Herstellung von Schwefelsäure nach J.-G.-Verfahren in Frankreich.

Aus der „Deutschen Bergwerkszeitung“ entnehmen wir, daß nach einer amerikanischen Zeitschrift, in der ein Bericht des amerikanischen Handelsattachés in Paris wiedergegeben wird, in Saint Chamas eine Anlage zur Herstellung von Schwefelsäure nach dem Gips-Verfahren der J.-G. Farbenindustrie errichtet werden soll. Dieses Verfahren wird in der J.-G. Farbenindustrie bei der Herstellung von Ammoniakdüngemitteln benutzt, wobei die zur Herstellung von Schwefelsäure benutzte Schwefelsäure aus Gips gewonnen wird. Durch dieses Verfahren will sich namentlich auch Frankreich von den zur Herstellung von Schwefelsäure erforderlichen Ausgangsmaterialien, in der Hauptsache Kupfer und Schwefelkies, vom Auslande frei machen. Interessant ist, daß diese Fabrik aufgebaut ist nach dem Verfahren der J.-G. Farbenindustrie-Aktiengesellschaft, die dem Unternehmen die Verwendung der J.-G.-Patente gegen entsprechende Lizenzgebühren gestattet. K. S.

## Papier-Industrie

### Wirtschaftsführung.

Eine vernünftige Wirtschaftsführung muß das Ziel haben, die Produktion mit den Absatzmöglichkeiten in Einklang zu bringen, also Bedarfsdeckungswirtschaft treiben. Hand in Hand damit muß sie durch schärfste Kalkulation der Herstellungskosten die Preisbildung auf einer möglichst niedrigen Linie halten und durch Stärkung der Kaufkraft den Warenabsatz erhöhen, wodurch wiederum die größte Produktionskapazität mit den vorhandenen Produktionsmitteln erreicht wird.

Unter der Devise „Rationalisierung“ geht die kapitalistische Wirtschaftsführung genau den entgegengesetzten Weg; führt, da sie auf die Absatzmöglichkeiten keine Rücksicht nimmt, zur Überproduktion auf der einen und zur Absatzkrise auf der anderen Seite; damit aber zur Wirtschafts-anarchie.

### Erkenntnis.

Die Erkenntnis, daß der in allen Industriezweigen der Welt hemmungslös wirkende Rationalisierungseifer immer tiefer in die Weltwirtschaftskrise hineinführt, scheint langsam, nun auch bei den Papierindustriellen zum Durchbruch zu kommen. Zu dieser Frage schreibt in der „Papierzeitung“ Nr. 40, Jahrgang 1930, ein H. Sch. zeichnender Unternehmer in einem Artikel „Zur Wirtschaftsfrage“ einleitend folgendes:

„Die ganze Welt leidet unter übersteigeter Erzeugung auf allen Gebieten, der der Bedarf nur langsam und unzureichend folgt. Manche Länder, die früher hauptsächlich Einfuhrländer für Industrieerzeugnisse waren, sind selbst industrielle Ausfuhrländer geworden. Je drückender die Hemmungen der heimischen Märkte gefühlt werden, mit desto größerer Wucht wird jedes Land den Auslandsmärkten zustreben, um auf diesen Absatzmöglichkeiten zu suchen, die es im eigenen Lande nicht findet.“

In dieser Lage befindet sich jetzt besonders Deutschland, das sich unter größten Anstrengungen bemüht, gewaltige Devisensummen aufzubringen für den Einkauf ausländischer Rohstoffe und Lebensmittel, für Reparationen und Verzinsung seiner großen Auslandsschulden.“

### Die Schuldfrage.

Anfang nun Einkehr zu halten und darüber nachzudenken, auf welche Ursachen die heutige allgemeine Wirtschaftskrise zurückzuführen ist, suchen die deutschen Unternehmer und nicht zuletzt auch die deutschen Papierindustriellen nach Schuldigen.

Infolgedessen erheben sie den Schrei „nach Abbau der übersteigerten Lasten“. Unter übersteigerten Lasten verstehen sie die angeblich hohen Löhne und die zu kurze Arbeitszeit der Arbeiter und Angestellten, die Lasten für die Sozialversicherung und nicht zuletzt die Steuerleistungen an den Vater Staat.

### Die Steuerlasten.

Die hohen Steuerlasten, unter denen nicht nur die Industrie und der Handel, sondern wahrnehmlich in bedeutend höherem Maße die Arbeiterschaft zu leiden hat, weil bei dieser jegliche „Drückbergerei“ durch den Lohnsenkerabzug praktisch unmöglich ist, sind schließlich die Folgen des verlorenen Krieges.

Diese Lasten hindert auch heute einen Teil der Papierindustriellen nicht, in dem alten vorkriegszeitlichen nationalen Fahrwasser weiterzufahren, nur daß heute ihre sogenannten patriotischen Sprüchlein mit nationalsozialistisch-völkischen Phrasen gewürzt werden. Ein solcher Patriot scheint auch jener Herr Pauli zu sein, der im „Wochenblatt für Papierfabrikation“, Nr. 20, Jahrgang 1930, unter der Überschrift: „Was uns fehlt“ nach Arbeitsfrieden, Arbeitsruhe und Arbeitsleben ruft, dabei es aber nicht unterlassen kann, auf „die schützende starke Wehrmacht vor dem Kriege“ und auf den „schmachvollen Friedensschluß“ hinzuweisen und zu gleicher Zeit zu folgern, daß „die überpaanten Forderungen sozialer Gesetzgebung in Reich und Gemeinden mit ihren

Folgeerscheinungen als Grundübel zu bezeichnen sei" für die jetzigen wirtschaftlichen Verhältnisse, die einem Chaos gleichen.

Mit welchen Kunststücken von den Unternehmern die Beweisführung über die angeblich ungeheuren steuerlichen Belastungen versucht wird, dafür gibt in der gleichen Nummer des "Wochenblattes für Papierfabrikation" der bekannte "Wirtschaftler" Heino Castorf ein treffendes Beispiel.

In seinem Artikel "Die Steuerlasten gegenüber den ausgewiesenen Dividenden" weist Castorf zunächst auf die zahlenmäßigen Feststellungen des Reichsverbandes der Deutschen Industrie hin, wonach 51 v. H. des Gesamtvertrages der deutschen Industrie zugunsten der öffentlichen Hand weggesteuert würden. Er stellt dann in einer Zusammenstellung für das Jahr 1929 für 11 Aktiengesellschaften der deutschen Papiererzeugungsindustrie den zur Auszahlung gelangten Dividendensummen die Steuerlasten gegenüber und kommt zu folgender Schlussfolgerung: "Bei diesen 11 Gesellschaften hat also das Steuermännlein beim Auslösen des Sülleins der Papiermacherleute einen besonders guten Appetit gezeigt und sich mit dem halben Anteil nicht mehr begnügt. Die Summe der Steuern und Abgaben übersteigt vielmehr diejenige der Dividende um mehr als das Dreifache."

Diese journalistische Anklage Castorfs ist eine Verschleierung der tatsächlichen Verhältnisse. Der oberflächliche Leser soll zunächst befangen werden durch die 51prozentige Steuerbelastung, die der Reichsverband der Deutschen Industrie herangezogen hat. Nachdem dies geschehen ist, erklärt Castorf, daß sich die Steuerbehörden bei der Papierindustrie mit dem halben Anteil nicht begnügt hätten. Damit soll also der Anschein erweckt werden, als wenn der Steuerfiskus mehr als die Hälfte der Gewinne in der Papiererzeugungs-Industrie weggesteuert hätte.

Zunächst weiß in Deutschland jeder Kaufmannssohn, daß eine Gegenüberstellung von Dividendensummen und Steuerlasten ein ganz unmögliches Rechenexempel ergibt, da die angeschulften Dividendensummen weder ein wirkliches Bild über die Wirtschaftslage eines Industriezweiges, noch über die Gewinnmöglichkeiten desselben geben. Leider stehen uns von den 11 namentlich angeführten Aktiengesellschaften nur für zwei die Bilanzabschlüsse für 1929 zur Verfügung. Rechnet man aber, wie man dieses von jedem wirklichen Kaufmann erwarten kann, die Steuerbelastung vom Rohgewinn, dann ergibt sich z. B. folgendes Bild:

Aktiengesellschaft	Rohgewinn Mk.	Dividende Mk.	Steuern Mk.
Feldmühle AG.	6 701 615	3 170 634	1 717 979
Varziner Papierfabrik	2 422 650	492 200	518 709

Stellt man so die Steuerlast dem Rohgewinn gegenüber, so ergibt sich, daß die Feldmühle rund 25 Prozent und die Varziner Papierfabrik rund 21 Prozent ihres Rohgewinnes an Steuerlasten aufzubringen hatten.

Dabei hat Castorf es ebenfalls vollständig unterlassen, ergänzend darauf hinzuweisen, daß trotz der hohen Steuerbelastung von den von ihm angeführten Gesellschaften die Varziner Papierfabrik 10 Prozent, die Feldmühle 12 Prozent und die Papierfabrik Knoedel, Schmidt u. Co. in Lambrecht sogar 15 Prozent Dividende verteilen konnten.

Wenn der Reichsverband der Deutschen Industrie seine Steuerbelastungen nach einem ähnlichen Schema errechnet hat wie Castorf, dann braucht man sich allerdings nicht zu wundern, daß dann 51 Prozent Steuerbelastungen herauskommen.

Großer Unfug, kleiner Nutzen. Die vom Kartellkongress errichtete Einheitspreis-Aktiengesellschaft, genannt Epa, hat im Jahre 1929 ihr Lager durchschnittlich neunmal umgekehrt. Auf diese Tatsache weist in der "Papierzeitung" unter der Überschrift: "Einheitspreise" ein Artikelhändler hin mit der Bemerkung, daß im Papier-einzelhandel das Kapital kaum zweimal im Jahre umgeschlagen wird. Er vergißt nur darauf hinzuweisen, daß dieser mangelhafte Kapitalumschlag resp. Warenumsatz auf die außerordentlich hohen Preise in der Papierindustrie zurückzuführen ist. Warum aber nicht nur in der deutschen Papierindustrie, sondern in der deutschen Industrie im allgemeinen die Preise hochgehalten werden, erklärt uns der bereits erwähnte Artikelhändler H. Sch. durch folgenden Satz: "Lange genug galt bei uns die Bildung von Kapital und ein leidlich gutes Ergebnis eines Unternehmens als nicht zeitgemäß; immer noch werden Preisvereinbarungen von Fabrikanten als Einrichtungen zum Schutze eines bequemen Lebens und hoher Dividenden bezeichnet."

Arbeitsgemeinschaft. Anstatt nun aus der heutigen Produktions- und Absatzkrise den richtigen Schluß zu ziehen und durch möglichste Niedrighaltung der Preise auf der einen und Erhöhung der Löhne und Gehälter auf der anderen Seite einen kaufkräftigen Markt zu schaffen, klagt der H. Sch. zeichnende Unternehmer: "Es ist nicht haltbar, wenn heute, angesichts einer katastrophalen Arbeitslosigkeit, von Lohnerrhöhungen gesprochen wird, nachdem die Löhne von August 1926 bis jetzt in ihrer Gesamtheit um 11 Milliarden Mark gestiegen sind. So kann es doch nicht weitergehen oder die Arbeitslosigkeit muß noch größer werden."

Selbst wenn die Löhne und Gehälter in der deutschen Wirtschaft seit 1926 um 11 Milliarden Mark gestiegen wären, so vermag der gute Mann dabei, daß Arbeiter und Angestellte die Lohnsteigerungssumme nicht in großem Maße einzunehmen, sondern daß sie wohl zum größten Teil in Waren des täglichen Bedarfs umgesetzt wurde und dadurch der Wirtschaft wieder zugute gekommen ist. Aber selbst wenn ein Teil dieser Summe in Sparguthaben bei Banken und Sparkassen angelegt worden sein sollte, auch dann hätte die Wirtschaft davon profitiert. Wenn trotzdem eine riesige Arbeitslosigkeit vorhanden ist, so beweist dieses doch nur immer wieder, daß gleichzeitig eine nicht zu veranschauende Schwäche der Wirtschaft, besonders unter der arbeitenden Bevölkerung, seit 1926 eingetreten ist. Wie dieser Artikelhändler aus dem Kartellkongress eine solche riesige Arbeitslosigkeit ohne Steigerung der Kaufkraft überwinden will, bleibt sein Geheimnis.

Aber er hat ein anderes Mittel erfunden; ihm steckt der Arbeitsgemeinschaftsgedanke noch im Kopf und deshalb rufft er: "Über wäre es nicht besser, wenn es nicht mehr hieß: "Hier Arbeitgeber, hier Arbeitnehmer", sondern im wirklichen Sinne des Betriebsrätegesetzes Zusammenschluß von Arbeitgebern und Arbeitnehmern, um gemeinsam das unzerstörliche Schicksal zu tragen." Schicksalstragende sollen dabei natürlich die Arbeiter sein, denn in diesem Sinne wurde bisher das Betriebsrätegesetz von den Unternehmern nicht stets gewalttätig ausgelegt. Es ist deshalb auch nicht damit getan, wenn der Artikelschreiber zum Schluß ausruft: "Wenn wir wieder vorwärtskommen wollen, müssen wir uns zusammenschließen; wir dürfen uns nicht auf so vielen Gebieten bekämpfen; Arbeitgeber und Arbeitnehmer, alle Männer der Wirtschaft müssen ihre Kräfte zum Wiederaufbau vereinigen. Arbeiternot ist auch Unternehmernot und beider Not ist Staatsnot."

Gut gebrüllt, Löwe! Wir finden nur, daß die Not in Deutschland hauptsächlich von der Arbeiterschaft getragen wird, an der Lebenshaltung der Arbeitgeber haben wir davon noch nichts gemerkt. Daran scheitert aber auch in Deutschland in der Hauptsache der von diesem Arbeitgeber propagierte gelbe Werkvereinsgedanke. Leider spricht dieser Unternehmer nicht als einzelne Person, sondern in seiner Bestimmung drückt sich die Auffassung fast sämtlicher Arbeitgeberkreise aus. Es dürfte allerdings sehr schwer halten, mit solchen Wirtschaftsführern die heutige Produktions- und Absatzkrise zu überwinden. G. Stähler.

### Die Verkürzung der Arbeitszeit

bei gleichbleibendem Lohn ist eins der besten Mittel, um eine durchgreifende Verminderung der Arbeitslosigkeit herbeizuführen. Die technische Vervollkommnung der heutigen Wirtschaft ist so groß und so weit vorgeschritten, daß auch bei stark verringerter Arbeitszeit genug Waren hergestellt werden können, um alle Bedürfnisse der menschlichen Gesellschaft zu befriedigen. Willst du zu deinem Teile zur Verminderung der Arbeitslosigkeit, zur Verkürzung des Arbeitstages, zu einer besseren, gerechten Verteilung der Arbeitsmöglichkeiten beitragen, dann denke an deine arbeitslosen Klassengenossen, an ihre hungernen Familien, zeige dich als Sozialist, als Gewerkschafter und als Mensch und vermeide Überstunden!

### Nahrungsmittel-Industrie

Unfallschutz in der Nahrungsmittel-Industrie.

Der Bericht über die Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften der Nahrungsmittelindustrie-Berufsgenossenschaft für das Jahr 1929 zeigt das Bild einer umfangreichen Tätigkeit des technischen Aufsichtsdienstes. Der Berufsgenossenschaft gehörten zu Ende des Berichtsjahres 69 671 (68 583) Betriebe mit durchschnittlich 482 338 (473 847) versicherten Beschäftigten an. Die Zahl der Vollarbeiter betrug 431 318 (437 449). Die in Klammern gestellten Zahlen sind jeweils die Zahlen des vorhergehenden Jahres. Ein Vergleich zeigt, daß sowohl die Zahl der Betriebe als auch die Zahl der Beschäftigten gegenüber dem Vorjahre zunahm. Dagegen ist die Zahl der Vollarbeiter um über 6000 zurückgegangen. Das zeigt, daß auch in der Nahrungsmittelindustrie entweder bei der Zahl der Beschäftigten ein starker Wechsel Platz gegriffen hat oder daß eine größere Anzahl der Beschäftigten Kurzarbeit geleistet hat. Die Zahl der technischen Aufsichtsbeamten der BG. ist im Berichtsjahr um zwei Beamte vermehrt worden. Das entsprach einem dringenden Bedürfnis. Durch Vermehrung der Aufsichtsbeamten konnte auch die Revision in den Betrieben umfangreicher sein. Insgesamt wurden 8426 (4545) Betriebe mit 149 881 (74 435) versicherten Personen revidiert. Auch wenn man bedenkt, daß diese Berufsgenossenschaft eine große Anzahl Kleinbetriebe umfaßt, ist die Zahl der revidierten Betriebe gering. Allerdings kommt es ja in erster Linie darauf an, daß die Revisionen auch eingehend vorgenommen werden, so daß vorhandene Mängel und Fehler auch gefunden werden. Wird eine Revision im Eiletempo vorgenommen, um die Anzahl der Revisionen recht hoch erscheinen zu lassen, dann dürfte die Gründlichkeit der Revision darunter leiden.

Die Revisionen gaben, wie immer, zu einer Reihe Beanstandungen Veranlassung. Zur Durchführung des Unfallgesetzes mußten insgesamt 15 547 (13 987) Anordnungen erlassen werden. Das ist eine starke Steigerung der getroffenen Anordnungen im Jahre 1929 gegenüber dem Jahre 1928. Es zeigt aber davon, daß in den Betrieben unserer Nahrungsmittelindustrie in bezug auf die Durchführung des nötigen Unfallgesetzes noch recht viel zu tun ist. Im folgenden bringen wir einen Auszug aus den erlassenen Anordnungen.

- Es wurden Anordnungen erlassen für:
- Schutz an Fahrrad- und Kettengetrieben . . . . . 3721
  - Ausgang von Unfallverhütungsvorschriften . . . . . 1728
  - Schutz an Knet- und Mengmaschinen . . . . . 1252
  - Sicherung mechanisch bewegter Maschinenteile . . . . . 953
  - Schutz an Geländern für Treppen usw. . . . . 931
  - Schutz an Riemengetrieben, Wellen und Wellenenden . . . . . 747
  - Schutz an Aufzählrichtern für Zerkleinerungsmaschinen . . . . . 589
  - Sicherung an Antriebsanlagen . . . . . 584
  - Schutz an elektrischen Apparaten, Handlampen usw. . . . . 520
  - Schutz an Walzmaschinen . . . . . 420
  - Sicherung von Leitern . . . . . 363
  - Schutz gegen Gase usw. . . . . 349

Aus der Zusammenstellung ist ersichtlich, bei welchen Arbeitsvorgängen die meisten Unfallgefahren drohen. Auffallend dabei ist, daß die Anordnungen für Schutz an Fahrrad- und Kettengetrieben immer mit an erster Stelle stehen. Im vorigen Jahresbericht standen sie der Zahl nach an zweiter, dieses Jahr an erster Stelle. Unsere Unfallvertrauensleute mögen daraus ersehen, daß gerade bei diesen Arbeitsvorgängen die größte Aufmerksamkeit mit erforderlich ist. Die große Zahl der Anordnungen für Fahrrad- und Kettengetriebe ist um so verständlicher, weil diese Getriebe verhältnismäßig leicht geschädigt werden können. Wenn trotzdem so viele Anordnungen erforderlich waren, dann zeigt das davon, daß die Arbeitgeber selbst an den Betriebsstellen, wo der Schutz leicht anzubringen ist, ihrer Pflicht nicht nachkommen. An zweiter Stelle stehen wir Anordnungen über Ausgang der UVV. Selbst dieser einfachen Selbstverständlichkeit, die den Unternehmer doch nichts kostet, kommt man oft nicht nach, und oft muß der Unternehmer erst durch Anordnung dazu gezwungen werden. Eine große Rolle spielen dann die an dritter Stelle stehenden Anordnungen über Schutz an Knet- und Mengmaschinen.

Über das Verhalten der Arbeitgeber bei der Durchführung des Unfallgesetzes sagt der Bericht folgendes:

„Das Verhalten der Betriebsunternehmer zu den Maßnahmen der technischen Aufsichtsbeamten ist ganz verschieden. Im großen und ganzen wird auszuführen sein, daß in den großen Betrieben ein besseres Verständnis für die notwendigen Sicherheitsanordnungen anzutreffen ist, als dies bei den kleineren und kleinsten Betrieben der Fall ist. Hier macht sich oft genug in bestiger Weise der Unwille darüber Luft, daß dem Betriebsunternehmer diese oder jene Maschine ohne Schutz verkauft worden ist. In manchen Betrieben sind erst nach Mahnung oder Bestrafung bessere Sicherheitsverhältnisse zu schaffen.“

An einer anderen Stelle konstatiert der Bericht, daß Teilwalzmaschinen aller Art trotz ausdrücklichen Verbots immer noch von Personen unter 17 Jahren bedient werden. Nach dieser Richtung seien über 100 Feststellungen gemacht worden.

Wegen Vergehens gegen die Unfallverhütungsvorschriften wurden insgesamt 51 Arbeitgeber bestraft. Die Strafen betragen in den einzelnen Fällen von 20 bis 3000 Mk., insgesamt wurden 14 310 Mk. Strafe verhängt. Die Höchststrafe von 3000 Mk. erhielt eine Margarinefabrik. Eine zweite Margarinefabrik wurde mit 200 Mk. Geldstrafe bestraft, eine Gelee- und Preiselbeerbereiter mit 500 Mk. Die meisten Strafen wurden gegen Bäckereien verhängt. Das bestätigt die Auffassung des Berichtsfassers, daß die kleinen Betriebe am schwersten dazu zu bewegen sind, den nötigen Unfallschutz durchzuführen. Betrachten wir die Ausführungen in vorstehendem Zitat und die verhängten Strafen, so muß man zu dem Schluß kommen, daß in der Nahrungsmittelindustrie noch sehr viel zu tun ist, um dem Unfallschutz zu seinem Rechte zu verhelfen.

An anderer Stelle klagt der Bericht darüber, daß die Gerichte oft Sachverständige vernehmen, die wenig sachverständig sind. Das führt dazu, daß die Gerichte manchmal das Strafmaß niedriger bemessen als die Berufsgenossenschaft selbst. In einem Falle hatte eine Firma eine Knetmaschine trotz dreimaliger Beanstandung durch die Berufsgenossenschaft im alten gefährlichen Zustande weiterbetreiben lassen. Die Folge war, daß eine noch nicht 17 Jahre alte Arbeiterin einen schweren Unfall erlitt. Der Genossenschaftsvorstand verhängte gegen diese Firma eine Strafe von 250 Mk., das Oberverwaltungsamt setzte diese Strafe auf 150 Mk. herab. Man stelle sich vor, der Vorstand der Berufsgenossenschaft, der aus lauter Arbeitgebern zusammengesetzt ist, bestraft einen Arbeitgeber wegen wiederholter Übertretung der UVV mit 250 Mk., weil durch seine Unverantwortlichkeit eine Arbeiterin ihre gesunden Glieder verliert. Niemand kann sagen, daß diese Strafe zu hoch war. Und dann findet sich noch ein Oberverwaltungsamt, das glaubt, diese Strafe herabsetzen zu müssen. Durch derartige Urteile werden unverantwortliche Arbeitgeber geradezu zur Übertretung der UVV aufgefordert. Weiter kann die Weisfremdheit der Richter wirklich nicht gehen.

Aber das Verhalten der Versicherten bei der Durchführung des Unfallgesetzes sagt der Bericht: „Die Versicherten zeigten, von einzelnen Fällen abgesehen, Verständnis für die Sicherungen.“ Das ist ein kurzes, aber für die Versicherten immerhin anerkennendes Urteil. Gleichzeitig wird aber auch über die Bestrafung eines Versicherten berichtet. Es heißt:

„Ein Versicherter wurde wegen verbotswidriger Benutzung eines Lastenaufzuges auf Antrag des zuständigen technischen Aufsichtsbeamten bzw. der Berufsgenossenschaft vom zuständigen Versicherungsamt mit 10 Mk. bestraft.“

Die Fälle, in denen Versicherte wegen Übertretung der UVV bestraft werden, sind selten. Im vorliegenden Falle können wir nicht untersuchen, ob eine Bestrafung des Versicherten am Platze war. Unsere Kollegen und Kolleginnen aus der Nahrungsmittelindustrie aber mögen aus obigem Beispiel ersehen, wohin es führen kann, wenn sie die Unfallverhütungsvorschriften nicht beachten. Nicht allein, daß sie dabei ihre gesunden Glieder aufs Spiel setzen; sie sehen sich noch dazu der Gefahr aus, auch noch bestraft zu werden.

Längere Ausführungen in dem Bericht sind auch dieses Jahr wiederum dem Kapitel „Schutz mangelhafter Maschinen“ gewidmet. Es wird konstatiert, daß bei den Revisionen der Aufsichtsbeamten 298 neue ungeprüfte oder mangelhaft geprüfte Maschinen festgestellt wurden. Kommen dann Unfälle an diesen Maschinen vor, dann berufen sich die Arbeitgeber darauf, daß ihnen die Maschinen ja so geliefert seien. Der Bericht sagt hierzu folgendes:

„Solange diese unzulänglichen Verhältnisse auf dem Gebiete der Herstellung und Ablieferung ungeprüfter Maschinen bestehen, ist der Betriebsunternehmer zu doppelter Vorsicht beim Kauf von Maschinen gehalten. Nach der Vorschrift der Berufsgenossenschaft ist er verpflichtet, beim Bezug von Maschinen und Apparaten vorzusprechen, daß die von der Berufsgenossenschaft verlangten Schutzvorrichtungen mitgeliefert werden.“

ungefährte Maschine anrichtet. Er ist mithin verpflichtet, für den nötigen Schutz zu sorgen. Aber auch unsere Kollegen, die an den Maschinen beschäftigt sind, haben die Pflicht, hier mitzuarbeiten. Wir werden nur dann bei den Arbeitgebern volles Verständnis für den nötigen Unfallschutz finden, wenn die Arbeiterschaft selbst mit dafür eintritt, daß ihre Gesundheit genügend geschützt wird. „Keine Maschine, mag sie noch so leistungsfähig sein, sollte als brauchbar angesehen werden, wenn sie nicht absolut sicher ist.“ So sagt der Berichtsfasser der NWO in seinem Bericht. Wir können uns dieser Auffassung nur anschließen.

An einer anderen Stelle des Berichts heißt es: „Die Berücksichtigung des Unfallschutzes muß schon im Entwurf der Anlage die Aufgabe des modernen Maschinenbaues sein.“ Aber den Begriff Unfallgefahr wird gesagt: „Der Begriff der Unfallgefahren, die Frage, ob und inwieweit solche Gefahren vorliegen und zu verhüten sind, muß im Interesse des Arbeiterschutzes möglichst weit gefaßt werden. Grundsätzlich muß gefordert werden, daß auf der Arbeitsstätte von vornherein eine unfallsichere Atmosphäre herrscht.“ Wir haben diesen Ausführungen nichts hinzuzusetzen. Unsere Unfallvertrauensleute aber erlauben wir, diese Worte zu beherzigen und in diesem Sinne tätig zu sein.

Der Berichtsfasser bemängelt weiter, daß Maschinen und Apparate auf Messen und sonstigen Ausstellungen unbeanstandet ausgestellt werden dürfen, obwohl sie nicht genügend geschützt sind. Es müßte von jeder Messe- und Ausstellungsektion gefordert werden, daß sie die Maschinen auch nach dieser Seite hin prüft. Der Berichtsfasser fordert eine Verordnung dahingehend, daß die verantwortlichen Leiter der Ausstellungen und Messen ungefährte Maschinen von der Ausstellung zurückweisen sollen. Auch dieser Forderung schließen wir uns an.

In den früheren Berichten des technischen Ausschusses der NWO fanden wir oft eine scharfe Kritik gegenüber den Gewerbeaufsichtsamtern. Diese Kritik ist seit zwei Jahren aus den Berichten verschwunden. Dafür weisen die Berichte meist die lakonische Bemerkung auf, daß über die Gemeinschaftsarbeit mit den Gewerbeaufsichtsamtern und dergleichen dem Reichsversicherungsamt berichtet worden sei. Was berichtet ist, wie die Zusammenarbeit war, darüber darf der Bericht heute nichts enthalten. Das Reichsversicherungsamt hat eine diesbezügliche Kritik durch eine Verordnung untersagt. Wir haben seinerzeit gegen diese Verordnung den schärfsten Protest erhoben und müssen auch heute wieder verlangen, daß diese Verordnung aufgehoben wird. Die Öffentlichkeit und die Arbeiterchaft hat ein Interesse daran, zu erfahren, wie sich das Zusammenarbeiten der technischen Ausschüsse mit den Gewerbeaufsichtsamtern abspielt. Sicher wird hier manche Handlung Veranlassung zur Kritik geben. Diese ist durch die Verordnung unterbunden. Die Öffentlichkeit erfährt darüber nichts mehr. Im Interesse eines guten Unfallschutzes muß das Recht der Kritik auch auf diesem Gebiete gefordert werden.

In einem besonderen Anhang bringt der Bericht für den Unfallschutz an Maschinen eine Anzahl Skizzen und Entwürfe, die von der Berufsgenossenschaft selbst ausgearbeitet sind. Wir heben für unsere Kollegen besonders hervor den Schutz an einer Kollerwalze, Schutz an einer automatischen Dofenereschließmaschine, Sicherung einer Pflaumenentstein- und -feilmaschine, Ausrück- und Anlaufvorrichtung für Arbeitsmaschinen, einen Riemenumleger, Schutz an einer Gramola-Walze und anderes mehr.

Zusammenfassend kann über den vorliegenden Bericht gesagt werden, daß er ein eingehendes Bild über die Arbeit, die zur Durchführung des Unfallschutzes in der Nahrungsmittelindustrie geleistet wurde, gibt. Allen unseren Kollegen, die sich mit der Durchführung des Unfallschutzes befassen, ist das Studium dieses Berichts nur dringend zu empfehlen. Dabei aber darf es nicht bleiben. Der Berichtsfasser schließt seinen Bericht mit folgender Mahnung:

„An die Verantwortlichen geht die Mahnung, den Schutzvorrichtungen und ihrer Instandhaltung die größte Beachtung zu schenken. Der Arbeiter muß erkennen, daß es nicht angängig ist, vom Betriebsunternehmer die Einhaltung der Unfallverhütungsvorschriften verlangen zu wollen, wenn er sich selbst über sie hinwegsetzt.“

Das ist durchaus richtig. Die UWO werden zum Schutze der Kolleginnen und Kollegen erlassen. Sie durchzuführen, muß unsere erste Pflicht sein. Auf die Unfälle, die sich im letzten Jahre in der Nahrungsmittelindustrie ereignet haben, kommen wir in einem zweiten Artikel zurück.

E. Senkfeil.

### Verschiedene Industrien

#### Die Tätigkeit des Fachauschusses der sächsischen Kunstblumenindustrie.

I.

In den ersten Nachkriegsjahren war zu verzeichnen, daß sich der Heimarbeit insolge der Verarmung weite Kreise des deutschen Volkes neue, nichtorganisierte Kräfte zuwandten. Die Gefahr des Lohnendrucks wurde dadurch erhöht. Das Hausarbeitsgesetz in seiner Fassung vom 27. Juni 1923 kam deshalb gerade zur rechten Zeit. Schon sein Bestehen löste gegenüber den Lohnrückern eine nützliche Wirkung aus.

Bei der Heimarbeit handelt es sich nicht um eine dem nahen Untergang verfallene gewerbliche Betätigung. Sie war bisher eine dauernde Erscheinung des wirtschaftlichen Lebens, und es kann bei den ihr eigenen Kräften in bezug auf Entwicklung und Bewegung nicht gesagt werden, daß in absehbarer Zeit eine Änderung eintritt.

Die Eigenart der Heimarbeit hatte und hat zum Teil noch gegenwärtig für die in ihr beschäftigten Personen soziale und wirtschaftliche Auswüchse gebracht, die zu lindern und schließlich zu beseitigen die vornehmste Aufgabe des Staates und der in der Heimarbeit wirkenden Kräfte ist.

Die Fachauschüsse in Verbindung mit den wirtschaftlichen Vereinigungen sind dazu berufen, der Heimarbeit in dem Kampf in erster Linie um bessere Entlohnung beizustehen.

Aber die Entwicklung des Heimarbeiterschutzes in Sachsen während und nach dem Weltkrieg lassen wir eine Abhandlung aus dem Buche: „10 Jahre Arbeits- und Wohlfahrtsministerium im Freistaat Sachsen“, herausgegeben 1929, folgen:

„Schwerer als andere Erwerbszweige wurde die Heimarbeit von der wirtschaftlichen Not der Kriegsjahre betroffen. Dieses machte sich in Sachsen mit seiner sehr verbreiteten Hausindustrie besonders empfindlich bemerkbar. Wenn auch in einigen der schwerst betroffenen Gebiete Aufträge an Näh- und Strickarbeiten der Heeresverwaltung und später der Reichsbeleidungsstelle geleistet wurden, so bedeuteten diese Aufträge doch nur Flackfeuer in allgemein niedrigeren Verhältnissen. Das war natürlich auf die Lohnbildung von lähmendem Einfluß. Im allgemeinen erfolgten auch bei fortschreitender Teuerung kleine Lohnsteigerungen, sie blieben aber immer wesentlich hinter den Fabriklöhnen der betreffenden Gewerbebranche zurück. Obwohl es dem Drängen der Gewerbeaufsichtsbeamten und nachdrücklicher ministerieller Einwirkung gelang, für einige Arbeitsarten etwas Besserung zu erzielen, so war aus dem geringen Erfolg dieser Bemühungen nur die Erkenntnis zu gewinnen, daß es wirkungsvollere, gesetzliche Schutzes der Hausarbeiter bedürfte, um zu durchgreifenden Maßnahmen schreiten zu können. So erklärte sich, daß die Gewerbeaufsichtsbeamten ihre Bestrebungen zunächst der Durchführung der Bestimmungen über die Veröffentlichung der Löhne in den Arbeitsausgabestellen und der Ausbändigung von Lohnbelegen zuwenden, um in erster Linie die Aufhebung der sehr verschlechterten Lohngebahrung zu betreiben. Leider wurde die Bedeutung dieser Bestrebungen von den Verbänden der Arbeitgeber und Arbeitnehmer nicht recht erkannt, weshalb die vielfachen Bemühungen der Gewerbeaufsichtsbeamten ohne die

### Die Entwicklung zum Sozialismus ist nicht aufzuhalten.

Die kapitalistische Wirtschaftsordnung ist der Boden, auf dem die Sozialdemokratie naturgemäß erwachsen mußte, so wie auf einer gewissen Höhe der Entwicklung der feudalen Gesellschaft die bürgerliche Gesellschaft erwuchs, die teils auf ruhigem, gefestigtem Wege, teils auf gewalttätigem Wege die alte feudale Gesellschaftsordnung untergrub und zerschlug und die heutige bürgerliche Gesellschaftsordnung in allen ihren einzelnen Erscheinungen ins Leben rief. So gut also die heutige bürgerliche Gesellschaft erst das Produkt eines Entwicklungsprozesses ist, der innerhalb der alten feudalen Gesellschaft begann und sich zu immer höherer Vervollständigung entwickelte, so kommt aus dem weiteren Entwicklungsgang der bürgerlichen Gesellschaft das Proletariat zum Klassenbewußtsein und strebt ebenfalls nach höherer Entwicklung und menschenwürdiger Stellung in der Gesellschaft, nach einer neuen Form der Gesellschaft, die begründet wird, weil sie in der naturgesetzlichen Entwicklung der Gesellschaft unausrottbar liegt.

August Bebel (Rede gegen das Sozialistengesetz, Februar 1888).

Unterstützung der Verbände wenig sichtbaren Erfolg hatten. Erst die Neuerrichtung des Hausarbeitsgesetzes am 27. Juni 1923 brachte die Erfüllung der in der Denkschrift des Reichsarbeitsministers an die Nationalversammlung vom 21. März 1919 angeforderten gesetzlichen Regelung, die auf die Festhaltung der Lohnverhältnisse der Hausarbeiter bestimmten Einfluß ausüben sollte. Von allen aus diesem Gesetz der Landesbehörden zu fallenden Befugnissen hat das Arbeits- und Wohlfahrtsministerium lebhaften Gebrauch gemacht. Die aus der Entwicklung des Tarifwesens sich ergebenden Beobachtungen, wie sich dort der Vertreterkreis der Arbeitgeber und Arbeitnehmer in den Schlichtungsverhandlungen mit der zunehmenden Entwicklung der wirtschaftlichen Verbände verengte, gleichzeitig aber den Wirkungsbereich der Verträge erweiterte, wurden für die Gestaltung der Fachauschüsse für die Hausarbeit ausgewertet. Es wurden im Jahre 1924 zunächst sechs, später noch drei weitere Fachauschüsse errichtet, deren Sitz jeweils im Mittelpunkt des betreffenden Industriezweiges liegt und als Gebiet den ganzen Freistaat Sachsen umfaßt.

Wesentlich für die Aktionsfähigkeit der Hausarbeit-Fachauschüsse ist deren Befugnis. Da die Aufgaben dieser Ausschüsse in die Gebiete des Schlichtungswesens und der Gewerbeaufsicht schlugen, hat das Arbeits- und Wohlfahrtsministerium die Vorsitzenden und Beisitzenden aus diesem Personenkreis ernannt.

Unter den neun Fachauschüssen im Freistaat Sachsen befindet sich auch der „Fachauschuß für die sächsische Kunstblumenindustrie“. Er wurde 1925 errichtet. Für die Heimarbeit resp. Heimarbeiterinnen bessere Lohnbedingungen zu schaffen, bemüht sich dieser Fachauschuß seit seiner Gründung. In Verbindung mit den wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer hat er in jahrelanger Beratung ein Tarifvertragswerk über die Entgelte geschaffen, das zum Teil für die Tarifgestaltung in der Heimarbeit grundlegende Bedeutung bekommen hat. Der Tarifvertrag über die Entgelte für die sächsische Kunstblumenindustrie fußt auf Arbeitszeitschemas. Mittels der Arbeitszeitschemas werden an Hand von festgesetzten Stundenlöhnen die Akkordsätze für die Heimarbeit berechnet. Der „Heimarbeiterlohnstarif“ ist als ein Schlüsselartikelfür zu betrachten. Durch die Erfassung der Arbeitsgänge ist es möglich, fast alle Artikel, die in der Heimarbeit hergestellt werden, zu berechnen.

Seine Hauptaufgabe erblickt der Fachauschuß nach Schaffung des Tarifs nunmehr in der Überwachung und Durchführung des Tarifvertrages. In den Sitzungen, die in dem Jahre 1929 stattfanden, wurden Beschlüsse über Vorgehensverfahren, Tarifabänderungen und Entachten gefaßt. Einen Überblick über die Tätigkeit des Fachauschusses lassen wir durch die Wiedergabe der Beschlüsse im Jahre 1929 ersichtlich werden. Aus diesen Beschlüssen ist zu ersehen, daß die im Fachauschuß wirkenden Kräfte versuchen, die Heimarbeit auf eine gesunde Grundlage zu stellen. Mancher Fachauschuß in Deutschland kann sich an dem Fachauschuß der sächsischen Kunstblumenindustrie ein Beispiel nehmen.

In den nächsten zwei Abschnitten des Artikels behandeln wir die Beschlüsse des Fachauschusses im Jahre 1929.

H. Eiflein.

### Der Geschäftsgang in der deutschen Spielwarenindustrie im 1. Quartal 1930.

Der Geschäftsgang war im 1. Quartal 1930 schleppend, jedoch ist im Vergleich zu 1929 eine Besserung zu verzeichnen. Das wird uns besonders durch die höhere Ausführung im Monat März bewiesen.

Im 1. Quartal d. J. wurden 58 713 Doppelzentner Spielwaren im Werte von 13 087 000 Mk. ausgeführt. In der gleichen Zeitperiode 1929 wurden nur 57 967 Doppelzentner im Werte von 13 848 000 Mk. ausgeführt. Das ist mengenmäßig eine Steigerung um 746 Doppelzentner und wertmäßig eine Senkung um 581 000 Mk. Der Monat März hat im Vergleich zum gleichen Monat 1929 eine Steigerung um 4700 Doppelzentner im Werte von 400 000 Mk. gebracht.

Die Einfuhr von ausländischem Spielzeug ist sowohl mengen- als wertmäßig zurückgegangen. Im 1. Quartal 1929 wurden 2025 Doppelzentner im Werte von 822 000 Mk. eingeführt. In derselben Zeit 1930 kamen nur 1116 Doppelzentner im Werte von 380 000 Mk. für die Einfuhr in Frage. Das ist ein Zurückgehen um 909 Doppelzentner im Werte von 454 000 Mk. Es kann also Ausfuhrsteigerung der Menge nach und Einfuhrsenkung der Menge und dem Wert nach festgestellt werden. Ein Zeichen, daß es der deutschen Spielwarenindustrie gelungen ist, Teil des verloren gegewesenen Inlandsmarktes zurückzugewinnen und auf dem Auslandsmarkt vorzudringen.

An der Ausfuhrsteigerung haben die Länder Belgien, Frankreich, Schweiz, Ungarn, Dänemark, Luxemburg, Schweden, Brasilien und Kanada Anteil. Bei den weiter in Frage kommenden Absatzländern haben sich die Einfuhrzahlen im 1. Quartal 1930 im Vergleich mit derselben Zeit 1929 nur wenig geändert.

Eine Ankurbelung der Spielwarenproduktion ist im März durch das Propagieren eines deutschen Kindergeschenkfestes zum Johannisfest eingetreten. Vorbereitungen zu diesem Tag sind in der Industrie und dem Handel im Gange. Es hat sich im vergangenen Winter eine Arbeitsgemeinschaft gebildet, die sich zur Aufgabe gestellt hat, die öffentliche Meinung für eine alljährlich um die Zeit des Johannisfestes stattfindende Spielwarenwerbeweche zu gewinnen. Der Johannisfest soll zum Spielwarengeschenkfest für Kinder werden. Die Arbeitsgemeinschaft hat an die Stadtverwaltungen aller Städte bis 50 000 Einwohner Schreiben gerichtet, in denen um Unterstützung des Kindertages bzw. der Spielwarenwerbeweche gebeten wird. Auch Industrie und Handel wurden mit Reklameschriften bearbeitet.

Zur Reklame wird die Figur des Johannismännchens benutzt mit der Ahrenmähre auf dem Kopfe. Es soll Symbol für die Kinderbeschenkung werden. Die propagierenden Kreise stellen sich die Feier des Johannisfestes so vor, daß in der Woche vom 16. bis 24. Juni jedes Jahres auf freien Plätzen des öffentlichen Verkehrs in Groß- und Mittelstädten, ähnlich wie in der Weihnachtszeit ein Weihnachtsbaum, eine Puppe in Gestalt des „Johannismännchens“ aufgestellt wird. Bei und neben den offiziellen Feiern sollen die Kinder mit Spielsachen beschenkt werden. In einigen Großstädten sind Ortsgruppen für den Kindergeschenktag gegründet.

Man ist der Auffassung, daß durch solche Feiern der Johannisgedanke auch von der Spielwarenindustrie aufgegriffen wird und kleine Johannismännchen-Puppen, -Akrappen, -Ahrenmützen und dergl. zu Massenartikeln in der Spielwarenindustrie werden.

### Literarisches.

Der unvollendete Kontinent. Dr. Colin Ross ist vielleicht der weitestgestreute Weltfahrer, den Deutschland besitzt. Fast ganz Europa, Amerika, Asien und Afrika kennt er. Nun hat er auch Australien durchstreift und damit die letzte fehlende Aufgabe erfüllt, das gesamte Weltbild von heute zu unteruchen und klar und freudig darzustellen. Das Buch, das diesen Kreis schließt, heißt „Der unvollendete Kontinent“. Der größte Teil der Erde ist vollendet, überflutet, überbaut. Aber ein ganzer großer Erdteil steht noch leer. Seine im Verhältnis zu seiner Ausdehnung äußerst geringe Bevölkerung schließt sich jedoch gegen die andere Welt hermetisch ab. Sie ist bestrebt, aus ihrem Land eine bequame Wohnstätte zu machen, an die alle Gefahren und Übel der Welt vertrieben zu werden. Aber da wichtige politische und wirtschaftliche Fragen heute keine rein nationalen Angelegenheiten mehr, sondern Probleme der Menschheit und der gesamten Erde sind, kann dieses Glück im Winkel nach Meinung des bestkennenden Beobachters Dr. Colin Ross kaum lange Bestand haben. Bald wird sich Australien entscheiden müssen, ob es ein weißer oder farbiger Erdteil werden will. Der Meinungsüberdruck sowohl in Europa als auch in Süd- und Ostasien muß ja bald auf irgendeine Art zur Explosion führen. Darum bildet die Untersuchung des Problems Australiens gegenwärtig vielleicht die Hauptaufgabe weltpolitischer Forschung. Mit dem „unvollendeten Kontinent“ von Dr. Colin Ross rückt die Literatur über Australien endlich von der Entwicklungsstufe der reinen Reiseberichterstattung herauf zu einer weltpolitischen Betrachtung und deckt zum ersten Male die Verflechtung Australiens in die größten Zusammenhänge unserer Erde auf. Bernard R. Grätzsch.

„Die Arbeit“. Zeitschrift für Gemeinshaftspolitik und Wirtschaftskunde. Herausgeber: Theodor Seipart. Schriftleitung: Einar Erdmann. 1930. 8. Heft 5. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, GmbH., Berlin S. 14. Abonnementpreis vierteljährlich 3,60 Mk., für Gewerkschaftsmitglieder 2,85 Mk.

„Das Brautkleid“. Ein isländischer Romanroman. Seltam wie die Natur auf Island sind die Menschen auf dieser Insel. Vereiste Berge und vulkanische Dämpfe, angezogene Seen und heiße Springquellen, schlafende Entschöbe in einsamen Tälern und nordlichtüberflammete Wälder um das Scheiterhaufenfeuer der Sonnenwende — harte Männer und Frauen mit schmalen Lippen und kalten Augen und plösig die Ausdrücke lange zurückgehaltener Leidenschaft, in der Einfachheit verklärter Gesühle und dann doch die heiß ausströmende Jählichkeit, kindliche Tränen und fest zupackende Fanatiker des Eigentums. Die Kontraste wohnen eng beieinander.

In diese Welt führt der neue Roman der Südgilde Gutenberg, Berlin, „Das Brautkleid“ von Kristmann Gudmundsson, deutsch von Ernst Jülicher, in seinen 3. Markt. Landschaft und Menschen verwochen in diesem Roman zu einer wunderbaren Einheit. Wir erleben, wie der ewige Wechsel der Jahreszeiten die Landschaft verändert und die Gesühle der Menschen beeinflusst, wie die alten Überlieferungen von Generation zu Generation weiterleben und wie das Neue nur sehr langsam in das Innere dieser geheimnisvollen Insel vordringt.

Einem fernab auf seinem Outback lebenden Bauern sieht die Frau im Kindbett, ehe der zwei Tagesmärsche entfernte Doktor herangeholt werden kann. Der Witwer macht sich bittere Vorwürfe, daß er der Verstorbenen nicht immer gehalten hat, was er ihr einst am Hochzeitstage versprochen, damals, als sie im Brautkleid vor ihm stand. Dieses Brautkleid wird ihm jetzt zum Kallgegenstand. Es erinnert ihn an sein Glück und seine Schuld, es hindert ihn, ein neues Leben anzufangen, es wird eine Macht, die ihn quält. Die Tochter des Widders möchte fern. Zwei Wurzeln aus der Vergangenheit umwerben sie. Aber es ist, als ob auch die Jugend etwas von der Schattentat der Alten mittragen müßte. Die beiden Freunde werden zu Rebenbüscheln, zu Todfeinden, und der Stärkere gewinnt das Rennen. Einmal Tages wirft der Witwer seinen Fettsack über Bord, schleudert der Tochter des Brautkleids wie einen Stein nach und holt sich ein neues Leben in fernem Meer bei gewachsenem Geld. Die Tochter überwindet nach schwerer Krise die bergeländischen Gezeiten um das Hauptkleid und findet in den Armen ihres Vaters und aufgeweckten Gatten endlich das Glück.

Um diese Romananfänge herum geschrieben vieles, das Gelegenheit gibt, neue Charaktere, die ökonomische und soziale Struktur des Landes und seiner Bewohner kennenzulernen. Fremde Sitten und Gebräuche werden sichtbar, eine gewisse Welt abergläubiger Vorstellungen steigt heraus, alte Sagen und neue Begriffe vermischen sich. In diesem Roman wird uns Island mehr als eine biblische Abnung.

Kristmann Gudmundsson ist ein junger Dichter. Sein Roman „Das Brautkleid“ läßt der Absehung weiterer Arbeiten mit Interesse entgegensehen. Die nordische Welt, seit Jahrzehnten an der Spitze der Weltliteratur, ist um einen neuen Namen und um neue Werte reicher, und die Südgilde Gutenberg, Berlin SW 11, Dreibundstraße 3, hat einen neuen Erfolg zu verzeichnen.

\* Dr. Colin Ross „Der unvollendete Kontinent“ (mit 104 Abbildungen und einer Karte. Gebunden 6,50 Mk., Ganzleinen 8 Mk.). Verlag F. A. Brockhaus, Leipzig.

# Unterhaltung, Wissen und Bildung

## Pfingstpredigt für Tobias Leifeschuh.

Pfingsten ist heute, Pfingsten! Grüne Birkenblätter glänzen von Tür und Fenstern. Die Sonne spielt glitzernd in dem zarten, jungfräulichen Geweihe. Unter meinem Fenster zwitschern Star und Fink. Und meine Nachbarin, die blonde Näherin, zwitschert auch schon. Sonst ist sie meist still; hat nicht viel Zeit und Andacht zum Singen. Aber heute? Heut ist Pfingsten!

Ja, heute ist Pfingsten und so recht ein Tag zum Freuen! Recht ein Tag, das graue Kleid der Alltagsorgen zum Teufel zu schicken und zu sagen: Was da! Heut ist heute! Und heut wird gelacht! Und der Kuckuck soll den hofen, der eine schiefe Miene zieht!

Wenn man nicht seinen Arger hätte! Seinen gottverdammten, beißenden Arger! Mir schmeckt wahrhaftig mein Feiertagskuchen nicht, und es sind doch so herrliche Rosinen darin! Bin lustig und guter Dinge aus den Federn gekrochen, hab gefangen und gepiffen und die Blumen begossen, und was meint ihr, was mit unter die Augen kommt? Wer mit als Erster an diesem schönen, lustigen Pfingstfest unter die Augen kommt?

Tobias Leifeschuh!

Kennst ihr Tobias Leifeschuh? Gewiß kennt ihr ihn. Er läuft ja überall auf unserer schönen Erde herum und bringt unsere Galle in Bewegung. Also bitter: ärgert euch mit mir, damit ich Gesellschaft habe. Ich will meinem Jörn Luft machen. Ich muß! Muß Herrn Tobias Leifeschuh eine Pfingstpredigt halten, denn der Mann ist nicht nur vom heiligen Geist, er ist von jedem Geist verlassen! Darum halset ihm dies Blatt unter die Nase, wenn ihr ihn trefft. Denn Tobias liebt natürlich kein Gewerkschaftsblatt; er liebt überhaupt nicht.

Also, Tobias Leifeschuh, du hast mir meine Pfingstfreude verdorben! Bist heute morgen in aller Herrgottsfrühe an meinem Fenster vorbeigegangen wie ein Dieb, wie ein Mensch mit schlechtem Gewissen. Dein Kopf war gebeugt, dein Rücken war krumm, dein Auge war trübe und deine Kleidung nicht ein bißchen feierlich.

Tobias Leifeschuh! Ich weiß, wohin du gegangen bist! In deine Arbeitsstelle! Jawohl, im schönen, prächtigen Pfingstfeiertage bist du zur Arbeit gegangen! Streif's nicht. Das geht schon seit mehreren Sonntagen so! In den Wochentagen beginnst du des Morgens um fünf und schufstest bis abends um neun Uhr. In den Sonntagen wird's die Hälfte. Dann gehst du um Mittag nach Hause und verschläfst meiner Seele den ganzen schönen, frohen, sonnigen Nachmittag! Der Teufel fahre dir ins Gebirn! — hätt' ich bald gesagt. Was ist das für eine Manier, an die hundert Stunden in der Woche zu schaffen, seine Gesundheit, sein Leben fortzumwerfen, seine Familie zu vernachlässigen, keine Zeitung, kein Buch zu lesen, keine Stunde ins Freie zu gehen, um die Brust zu lüften, kein Wort mit den Kollegen zu reden, — sondern einfach so hinzudämmern wie eine Kuh auf der Weide?!

Na ja, ich weiß schon: du willst ein wohlhabender Mann werden. Tobias Leifeschuh will es zum Kapitalisten bringen. Auf eine seltsame Art: indem er nämlich für einen Schundlohn arbeitet! Für einen Lohn, der halb so groß ist wie der unsere! Also, daß Tobias in seinen hundert Stunden nicht mehr verdient, als wir in der halben Zeit. Auf diese Weise strebt Tobias, dem Verband gehört er natürlich nicht an. Der Verband, so sagt der kluge Tobias, zieht uns das Geld aus der Tasche. Was kann man sein sparen. Was macht in einem Jahre so viel, in zehn Jahren so viel. Und wenn man hundert Jahre geparrt hat, dann kann man sich beinahe ein Haus kaufen. Wenn man das Geld nicht vorher ausgegeben hat. Vor dem 100. Geburtstag.

Ah, mein lieber Tobias! Den feierst du nicht. Wenn du es nur auf die Hälfte bringst, was kann der Fall sein wird, wenn du dein wertvolles Kapital, deine Arbeitskraft, in der bisherigen Weise verschleuderst. Dieses Kapital zu sparen, zu schonen, darauf kommt es an! Das aber will der Verband, das tut der Verband! Es gibt keine bessere Sparkasse für dich als ihn. Tobias! Man muß, um das einzuführen, freilich ein wenig besser rechnen können als du.

Erstens fragt der Verband für eine angemessene Verzinsung unseres Kapitals; er verschafft uns höhere Löhne, wie du selbst wissen magst. Er gibt uns Zeit. Zeit für uns selbst, die wir so nötig brauchen. Deine Frau würde sich nicht wenig freuen, wenn du einmal mit ihr ausgehen würdest! Ihre Wangen wären nicht so blaß, ihre Augen nicht so stumpf, ihr Mund nicht so bitter zusammengekniffen, wenn du ihr ein wenig Freude und Abwechslung verschafftest. Und deinen Kindern könnt's auch nicht schaden, wenn sie ein Pfingstvergnügen hätten! Aber nein. Du mußt ja arbeiten. Arbeiten und dann schlafen. Lebst nur für deinen Herrn und Meister, der bis über die Ohren in Anträgen steckt und nur dich als williges, immer williges Faktotum hat. Nur dich. Wenn die anderen Kollegen werden angesperrt, weil sie Ansprüche stellen, weil sie mitreden wollten beim Arbeitsvertrag, bei der Verwendung ihres Kapitals. Weil sie sich für freie Arbeiter halten, Tobias! Was aber bist du? „Ein braver, treuer Arbeiter“, sagt der Meister.

Das kitzelt angenehm, nicht wahr, Tobias? Aber du solltest ein wenig Geduld haben. Du vergaßest, daß du erst seit kurzem wieder ein freier, williger Arbeiter bist, und daß du es binnen kurzem nicht mehr sein wirst. Entschne dich nur: du warst einmal ein freier, williger Arbeiter — bei einem früheren großen Streik. Als aber dieser Streik zu unseren Gunsten beendet war, da kriegtest du den Abschied, lieber Tobias! Geshwipst hast du ja, aber weiter nichts. Es wird nicht lange dauern, verheerter Kollege, und du mußt wieder schimpfen. Dann darfst du von neuem eine gewaltige Faust in der Tasche machen, darfst hinhauen und deine geparrten Verbandsbeiträge verzehren. Dann geht dein Haus in deinen Magen, lieber Tobias! Aber bei der nächsten Bewegung, wenn der Meister wieder einen neuen, willigen Arbeiter braucht, dann ist deine Zeit wieder da!

Ich schäme mich für dich! Ja, ich ärgere mich nicht nur; ich schäme mich! Warum? Ja, schau mal: Du hast doch zwei Beine, zwei Arme, zwei Augen, zwei Ohren und was sonst noch dazu gehört — gerade wie unsern. Du bist doch sozusagen ein Mensch. Aber wie läßt du dich behandeln! Wie ein Ding, wie eine Sache, wie ein Tier! — Laß dich heute an die Gasse stellen und kriegst morgen wieder daraus heraus, wenn der Meister pfeift. Machst einen Schilling: „Gang zu Herr Verfassung“ ...

Ich erlaube mir die Pfingstpredigt. In deinem Namen. Da sich deine Kollegen seit Wochen befehlen sie sich mit der Unterlassung des Verbandes. Sie hangen wohl nicht, aber jeder Vernunft will bei der Angelegenheit bedacht sein. Es ist kein Spaß für sie. Aber alle Verhandlungsversuche, sie ihrer Sache abwendig zu machen, treffen auf ein verachtungswürdiges Lächeln. Und da — pfi! — du selbst bist in den Händen. Spielst den Vorkämpfer, den Streikbrecher, den Arbeitswiderstand, und erscheinst ihnen den Kampf, den sie auch für dich kämpfen!

Ja, auch für dich! Hast einmal selbst erzählt, du hättest einmal bei einem Arbeiter gearbeitet, der die den „Verbandslohn“ zahlte. Das ist ein ein gewaltiger Reichtum. Und es war doch nur das, was deine Kollegen mit Mühe und mit Not errangen, wofür sie weichenlang Müangel gelitten und mit Ausdauer gekämpft hatten. Ja, du hast's du, Tobias! Werst recht vergnügt und dein Nachbar ist ein wenig weniger krumm als sonst. Aber du warst nicht viel besser als ein Dieb in deiner großen Unwissenheit. Jöhö, da protestiert er. Ja, Freund Leifeschuh: wenn dein Nachbar des Nachts in deinem Garten kommt und von deinen Kartoffeln isst, die du gepflanzt — wie nennst du das? Na, auch da hast von der Erde genommen, die deine Kollegen gepflanz hatten! Wo bist im Schwelge ihres Angehörs geendet, du hast du gemacht ...

Heute ist Pfingsten, Tobias! Geh in dich! In deine Augen auf und sieh, wie schön die Welt ist! Für den, der sie im Bewußtsein erfüllt Pflicht betrachtet, freilich. Versuche einmal zu denken, um wie viel schöner, sie für dich, für deine Familie, für uns alle sein könnte, wenn du ein Gefühl deiner Menschenwürde hättest! Wenn du deinen Kopf gerade halten, deinen Rücken frei aufrichten würdest! Wenn du in unseren Reihen ständest und mit uns, deinen Arbeitsgenossen, den Kampf um ein schöneres und helleres Dasein aufnehmen würdest. Den Kampf gegen alle, die uns unterdrücken, die uns zu Dingen, Sachen, Werkzeugen ihres Profits machen wollen! Den Kampf um guten Lohn, um freie Zeit, um Menschenwürde!

Pfingsten ist heute, Tobias! Das Fest des heiligen Geistes, der mit feurigen Zungen redete. Bist du taub, Tobias, daß du den Geist und die feurigen Zungen der Gegenwart nicht hören willst? Du wirst, du mußt sie hören! Denn was uns zusammenzwingt zu einem Bunde, ist mächtiger als alles andere. Dräben steht der Gegner! Tritt dem Verbands bei, Tobias! Sei Mensch und nicht stummer Hund! Sorge, daß du stolzer wirst und glücklicher, du und deine Familie. Wir alle ...

Sol Und nun will ich mich nicht mehr ärgern. Nun will ich hoffen. Will hoffen, daß bald ein Pfingsten kommt, wo die Letzten den Geist der Zeit erfasst haben. Denn ich mag keine Menschen sehen, die geduckt und trüben Auges durch das Leben schleichen. Sei ein Mann, Tobias!

Und fröhliche, sonnige Pfingsten euch anderen allen!

## Ich klettere Stammbaum.

Von Troll

Da mein Ur-Ur-Ur- und noch zwanzigmal Ur-Großvater so um 700 vor Christi Geburt, 220 vor Buddhas Tod als wachsender germanischer Franke so zwischen Würzburg und Frankfurt a. M. Speßartbären jagte, auf deren Haut er sich legte und „immer noch eins frank“, da der selig entschlafene Göttervater Wotan noch der Walküre nachstiege und Winterstürme wie heute dem Wonnemond wichen, welche Entdeckung schon vor mir Richard Wagner gemacht hat, da gab es noch keinen Verkehrrschuhmann.

Niemand hatte blühendere weiße Handschuhe an, die nach links und rechts, nach unten und oben geheime Zeichen gaben, um den Verkehr zu regeln.



## Unsere Ur-Ur-Ur-Großväter.

Damals regelte noch jeder seinen Verkehr, wie es ihm beliebte. Wenn zwei mecklenbische Germanen sich im Urwaldbüschel beschwippt trafen und die Wälschnisse so eng war, so daß sie aneinanderprallen, keiner weichen, dem anderen Platz machen wollte, dann nahmen die beiden alten Germanen ihr selbstgeschmiedetes Schwert „Kotung“ und hieben so lange aneinander ein, bis einer sich hinlegte, damit der andere über ihn hinwegsteigen konnte.

Hätten die Germanen das System des Verkehrrschuhmannes gekannt, so wäre das altdenkliche Heidengedicht, die „Edda“, viel weniger spannend und sie könnte schmerzlich mit Karl May konkurrieren.

Es gab also keine Staatsanwaltschaft, der den Täter verknackst hätte. Kriminalisten gab es auch keine. Erwischt wurde nur selten einer auf frischer Tat.

Mit einem Wort, das war wirklich und wahrhaftig die „gute, alte Zeit“.

Es gab auch keine Autos, die den Fußgänger überfahren. Und keine Fabriken gab es, in denen Mann und Weib vor Maschinen bis zum Hinauströcknen jahrzehntelang ein und dieselbe Bewegung am laufenden Band machen mußten.

Und keine Kontrollfahrten gab es, die genau registrierten, ob man nicht etwa zu spät aufgestanden ist und dafür in Strafe genommen wurde.

Die alten Deutschen konnten ihren Rausch ausschlafen, solange es ihnen Spaß machte. Vorausgesetzt, daß die Frau des Hauses, Thasnela geheizen, nicht den knirschigen Knochen eines abgenagten Bärenschinkens als Wecker benutzte.

Meine Urgroßväter und Urgroßmütter hatten ihre eigene Villa. Sie wohnen nicht Wand an Wand, Pfad an Pfad mit ihren „lieben“ Nachbarn wie wir heute in den Kolonien, wo hauchdünne Wände uns sagen, ob unsere Nachbarin Kästchen hat oder nicht.

„Jeder sein eigener Verkehrrschuhmann!“, war der einzige Paragraph der altgermanischen Staatsverfassung.

„Jeder sein eigener Diktator!“, war Parole.

Und meinen lieben jungen Freunden des 20. Jahrhunderts sei verraten: Es gab keine Schulle. Kein Pernal, keine Geometrie, keine Algebra, keine unregelmäßigen französischen Verben.

Widderbe gab es auch nicht, weil ja der Wald das Eigentum aller war mit allem, was drinnen krenzte und fluchte.

Der Akerod gab mit dem Bären zusammen guten Sonntagsbraten. Eier zu Omeletten lieferten die Hühner. Kar Hasenbraten aßen die alten Deutschen nicht, da ihnen dieser Springinsfeld heilig war. Er schmeckte ihnen wohl auch nicht, da sie ja noch nicht das Land erudiert hatten, wo der Pfeffer wächst. Und ohne Pfeffer schmeckt kein Haseln.

Und was gab es alles nicht. Sie hatten es nicht nötig, über Hörsaal-Pflanz den Kopf zu zerbrechen. Keine Relativitätstheorie lenkten ihnen die Gehirnsäden auseinander. Es war ihnen egal, was Zarathustra sprach, Esharagen pfeiften sie nicht, Pariser Mode kostete dem Schwanz kein Haar.

Arge gab es keine schmerzhaften Injektionen, die den I-G-Farben-Billionären wichtige Dividenden einbringen.

Und sie lebten doch!

Und bekamen gesunde, lebensfrohe Kinderchen.

Daß dem so ist, dafür bin ich da, denn ich wäre und ihr alle wäret nicht da, wenn dem nicht so wäre.

Sahen sie nach der Jagd abends im Schelne der flackernden Holzschichte beim Met (M. E. L., daher mein feuchtschölicher Name in Abkürzung!!!), dann veräuerte ihnen nicht irgendeine Demonstration auf der Straße ihr dionysisches Dasein.

Und Steuern?

Die alten Germanen hätten dem tüchtigsten Finanzamtsinspektor etwas gepiffen!

O selig, o selig, ein alter Germane um 700 vor Christi Geburt zu sein!

Da ich solcherart in meiner Stammbaumchronik herumblättere, weiß ich auch, warum der Berliner Zahnarzt Dr. Ritter mit seiner Studienfreundin nach den menschenverlassenen Galapagosinseln geflüchtet ist.



## Moderne Germanen auf Galapagos.

Das mit dem Studium der vegetarischen Ernährung ist eitel Bluff. Dr. Ritter und Gefährtin werden schon aus den zahlreichen Schildkröten, die die Insel bevölkern, sich kräftige Suppen kochen.

Der kluge Herr wollte nur wieder sein wie seine germanischen Ur-Ur- (zwanzigmal Ur-) Großväter waren.

Fern vom Telephon, fern von den Autos und moderner Musik und kubistischer Malerei und neuer Sachlichkeit.

Dort wollte er sein, wo es weder Finanzämter noch Gerichtsvollzieher gibt.

Ich komme nach, edler Galapagos-Germane, und nehme mit eine junge, hübsche Germanin mit, auf daß wir die Insel bevölkern mit Menschen altgermanischer Sachlichkeit.

Eine Insel für Robinsonaden zu zweit werde ich noch finden. Dann soll es wieder so werden wie zu Ururur-Großvaters Zeiten.

Einen Radiolichtempfänger bringe ich mit, damit wir einen Bindestrich zwischen 700 vor Christi und dem zwanzigsten Jahrhundert haben.

Er soll uns Warnung sein, wenn je wir eine Regierung nach Germanien von heute haben sollten.

Und wir lachen uns einen Akt, wenn wir einen Vortrag über „Demokratie und Diktatur“ hören, weil uns das gar nichts angeht.

Und wird es uns zu dumm, dann Erden wir eben unsere Antenne auf unserer Insel Grund.

Womit ich Ihnen allen eine „gute Nacht“ wünsche.

## Humoristische Ecke.

Abhilfe.

„Wie!“ schreit Frau Umbruch, „du hast ein Grammophon gekauft? Ja, hast du denn noch nicht genug an dem schrecklichen Quäkding im Nachbarhause?“

„Das habe ich ja gerade gekauft“, sagte freudestrahlend Herr Umbruch.

Moderne Tochter.

Mutter: „Was hatte dir denn Kolf gestern abend so Wichtiges mitzuteilen, daß du erst so spät nach Hause gekommen bist?“

Tochter: „Ach laß man, Mama, das sind Dinge, die du in deinem Alter nicht zu wissen brauchst.“

Ohne Geld.

„Ohne Geld kann man doch gar nichts machen.“

„Etwas schon.“

„Na was denn?“

„Schulden!“

Grabschrift eines Arztes.

Hier liegt ein Arzt, o Wanderer, der Gutes stiftete und sich vergiftete statt anderer.

Friedrich Haug (gest. 1761).

Er fliegt nicht mehr.

Der Verkehrrflieger B. ist neulich von seinem Posten enthoben worden. Man war dahintergekommen, daß er seine Papiere gefälscht hatte. Deshalb heißt es jetzt von ihm: B. fliegt nicht mehr, denn er ist gestiegen, weil er gestanden hat, daß er gefessen hat.

Der schrecklichste der Schrecken.

Ein Freund schrieb an Mark Twain, es ginge ihm hunde-schlecht. „Oder gibt es“, schrieb der Brief, „etwas Gräßlicheres als Zahnschmerzen und Ohrenschmerzen zu gleicher Zeit?“ Mark Twain antwortete lakonisch: „Allerdings: Rheumatismus und Weitsicht.“

Anstandslehre.

Straßenbahn. Neben dem Kohlenarbeiter, der von der Arbeit heimkehrt, und der demzufolge in entsprechender Sanberkeit glänzt, mag die bessere Dame mangels einer anderen Sitzgelegenheit Platz nehmen. Vorsichtig läßt sie sich nieder und macht sich so schmal wie möglich. Auch der Arbeiter tut sein möglichstes, um seine Arbeits-kluft nicht mit dem feidenen Kleid der Dame in Berührung zu bringen. Aber schließlich werden ihm die abfälligen Blicke und das Röhrenschreien der Dame doch zu viel. Er steht auf und sagt: „Seh'n Sie, das ist soziales Empfinden!“